



# MENSCHENRECHTE IN DEN PHILIPPINEN

## ÜBER DAS AKTIONSBÜNDNIS MENSCHENRECHTE – PHILIPPINEN

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wirkt durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf politische Entscheider:innen und Multiplikator:innen in Deutschland und der EU mit dem Ziel ein, zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen. Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt (BfdW), das International Peace Observers Network (IPON), MISEREOR, Missio-München, das philippinenbüro e. V. und die Vereinte Evangelische Mission (VEM). Thematische Schwerpunkte der Arbeit sind außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierte Anklagen gegen politische Aktivist:innen.

### IMPRESSUM

© 2022, Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Köln  
Redaktion: Astrud Lea Beringer, Hannah Wolf, Mirjam Overhoff  
Texte: Astrud Lea Beringer  
Übersetzung: SocioTrans, Marburg  
Gestaltung und Layout: Zaadstra Design, Köln / Cora Trinkaus, Darmstadt  
Druck: DieUmweltdruckerei

Fotos: Raffy Lerma (Titel, S. 5, 6, 11, 12, 13, 14, 16, 27, 31), Astrud Lea Beringer (S. 2), Marcelino Pascua (S. 9), Karapatan (S. 17, 20), Rise-Up (S. 19), Philippinenbüro (S. 21), FARDEC (S. 23), National Council of Churches in the Philippines (S. 25), Nando Jomalín (S. 26), Hannah Wolf (S. 29, 30)

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>ABKÜRZUNGEN</b>	4
<b>VORWORT</b>	7
<b>ZUSAMMENFASSUNG: MENSCHENRECHTSLAGE UND AUSBLICK IN DEN PHILIPPINEN</b>	8
<b>SCHLAGLICHT: DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN VON 2022</b>	10
<b>„KRIEG GEGEN DIE DROGEN“</b>	12
Außergerichtliche Hinrichtungen	13
Straflosigkeit	15
<b>MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN</b>	16
Morde an Menschenrechtsverteidiger:innen	18
<i>Fall: Zara Alvarez</i>	21
Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidiger:innen	22
<i>Fall: Elena Tijamo</i>	22
Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen	23
<i>Fall: Dan Balucio</i>	25
<b>POLITISCHE OPPOSITION</b>	26
<b>PRESSEFREIHEIT</b>	27
<i>Fall: Jesus Malabanan</i>	28
<b>INDIGENENRECHTE</b>	29
<i>Fall: Tumandok-Massaker</i>	30
<b>STRAFLOSIGKEIT UND KOOPERATION MIT DEM INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSSYSTEM</b>	31
<i>Fall: Benjamin Bayles</i>	32
Kooperation mit internationalen Menschenrechtsmechanismen	33
<b>EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG</b>	34
<b>EMPFEHLUNGEN AN DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE MITGLIEDSSTAATEN</b>	35
<b>EMPFEHLUNGEN AN ANDERE INTERNATIONALE AKTEUR:INNEN</b>	35
<b>ENDNOTEN</b>	36
<b>LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN IN DEN PHILIPPINEN</b>	40

# ABKÜRZUNGEN

<b>AFP</b>	Armed Forces of the Philippines	<b>IAWRT</b>	International Association of Women in Radio & Television	<b>PAHRA</b>	Philippine Alliance of Human Rights Advocates
<b>AMP</b>	Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen	<b>ICCPR</b>	International Covenant on Civil and Political Rights	<b>PCIJ</b>	Philippine Center for Investigative Journalism
<b>ATA</b>	Anti-Terrorism Act	<b>ICESCR</b>	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights	<b>PDEA</b>	Philippine Drug Enforcement Agency
<b>ATC</b>	Anti-Terrorism Council	<b>IFI</b>	Iglesia Filipina Independiente	<b>PNP</b>	Philippine National Police
<b>CHR</b>	Commission on Human Rights	<b>ILO</b>	International Labour Organization	<b>PTFoMS</b>	Presidential Task Force on Media Security
<b>COMELEC</b>	Commission on Elections	<b>IPRA</b>	Indigenous Peoples' Rights Act	<b>UCCP</b>	United Church of Christ in the Philippines
<b>CPA</b>	Cordillera Peoples Alliance	<b>IStGH</b>	Internationaler Strafgerichtshof	<b>UN</b>	United Nations
<b>CPP</b>	Communist Party of the Philippines	<b>MO32</b>	Memorandum Order No. 32	<b>UNDRIP</b>	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
<b>DDoS</b>	Distributed Denial of Services	<b>NDFP</b>	National Democratic Front of the Philippines	<b>UNESCO</b>	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
<b>DOJ</b>	Department of Justice	<b>NGOs</b>	Non-Governmental Organizations	<b>UNHRC</b>	United Nations Human Rights Council
<b>EO70</b>	Executive Order No. 70	<b>NIHIPCD</b>	Negros Island Health Integrated Program for Community Development	<b>UNJP</b>	United Nations Joint Programme
<b>EO130</b>	Executive Order No. 130	<b>NUPL</b>	National Union of Peoples' Lawyers	<b>WSK-Rechte</b>	wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte
<b>EU</b>	Europäische Union	<b>NPA</b>	New People's Army		
<b>FARDEC</b>	Farmers Development Center	<b>NTF-ELCAC</b>	National Task Force to End Local Communist Armed Conflict		
<b>FIND</b>	Families of Victims of Involuntary Disappearance	<b>OHCHR</b>	Office of the High Commissioner for Human Rights		
<b>FLAG</b>	Free Legal Assistance Group				
<b>FPIC</b>	Free, Prior and Informed Consent				
<b>GSP+</b>	Generalized Scheme of Preferences				



Philippinische Polizeikräfte stehen in Formation während der Wiederaufnahme der Anti-Drogen-Kampagne Oplan Tokhang („Klopfen und höfliche Aufforderung“) in der Batasan Polizeistation (PS-6) in Quezon City im Jahr 2018.



# VORWORT

**Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wurde 2007 von kirchlichen Gruppen und Nicht-regierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations/NGOs) in Deutschland gegründet, die seit vielen Jahren Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Aktivist:innen und Netzwerken in den Philippinen unterhalten. Das AMP reagierte auf Berichte dieser philippinischen Partner:innen, wonach die Zahl der politischen Morde und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen seit 2001 signifikant zugenommen hat. Unter den Todesopfern und jenen, die mit konstruierten Anklagen kriminalisiert oder spurlos verschwunden gelassen wurden, befanden sich auch Mitarbeiter:innen und Menschenrechtsaktivist:innen dieser Partnernetzwerke.**

Seit seiner Gründung hat das AMP in den Jahren 2014, 2017 und 2019 Berichte veröffentlicht, um Menschenrechtsverletzungen während der jeweiligen Zeiträume aufzuzeigen und zu dokumentieren. Anhand von Fallbeispielen haben die Berichte bestimmte Muster der Menschenrechtsverletzungen skizziert.

Ziel der Berichte war, die philippinische Regierung dazu aufzufordern, vergangene Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, Gesetzesreformen durchzuführen und Menschenrechtsverteidiger:innen zu schützen.

Der Menschenrechtsbericht von 2022 verfolgt dieselben Ziele. Er verdeutlicht, dass Entwicklungen zwischen 2019 und 2022 unverzügliche und entschlossene Maßnahmen der philippinischen Regierung erfordern, um Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

Mit der Amtseinführung von Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr. als neuem Präsidenten der Philippinen und Sara Duterte-Carpio als Vizepräsidentin am 30. Juni 2022 endete die Amtszeit der Regierung von Rodrigo Duterte. Kurz nachdem dieser im Jahr 2016 das Präsidentenamt übernommen und seinen sogenannten Krieg gegen die Drogen angekündigt hatte, verschlechterte sich die Menschenrechtssituation in den Philippinen.

Nach Schätzungen der philippinischen Regierung tötete die Philippine National Police (PNP) bei den über 200.000 im Zuge dieser Kampagne durchgeführten drogenbezogenen Polizeieinsätzen 6.229 Menschen, hauptsächlich aus der ökonomisch ärmeren Bevölkerungsschicht. Die philippinische Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights/CHR) und verschiedene Menschenrechtsgruppen kommen

hingegen auf die Zahl von mindestens 27.000 außergerichtlichen Hinrichtungen im Zusammenhang mit Duterte's „Krieg gegen die Drogen“.

Während der Amtszeit von Präsident Duterte hat sich die Lage für Menschenrechtsverteidiger:innen drastisch verschärft. Zwischen 2018 und 2021 wurde eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen und Exekutivanordnungen erlassen, die das Risiko für Menschenrechtsverteidiger:innen, Mitglieder der Zivilgesellschaft, Kirchenmitarbeiter:innen und Indigene wie z.B. die Lumad in Mindanao, Opfer von Einschüchterung, Belästigung und Kriminalisierung zu werden, dramatisch erhöht haben.

Für den Zeitraum vom 19. August 2019 bis zum 31. Mai 2022 listet der vorliegende Bericht 85 außergerichtliche Hinrichtungen von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen auf. Er beschreibt zudem Fälle des Verschwindenlassens und der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen, häufig einhergehend mit der Praxis, politische Aktivist:innen als „kommunistisch“ zu brandmarken (das sogenannte *red-tagging*<sup>1</sup>).

Außerdem reflektiert der Bericht die „Kultur der Straflosigkeit“, die dazu führt, dass Täter:innen kaum zur Verantwortung gezogen werden, und die mangelnde Kooperation der philippinischen Regierung mit dem internationalen Menschenrechtssystem.

Es bleibt zu hoffen, dass die neue philippinische Regierung unter Präsident Ferdinand Marcos Jr. und Vizepräsidentin Sara Duterte-Carpio die Opfer von Menschenrechtsverletzungen anerkennt, die Straflosigkeit beendet und die Rechtsstaatlichkeit stärken wird. Ankündigungen aus dem Wahlkampf und während der ersten Tage im Amt bieten allerdings reichlich Anlass zur Skepsis.

Der vierte AMP-Menschenrechtsbericht schließt mit konkreten Empfehlungen an die philippinische Regierung und an internationale Akteur:innen. Darunter finden sich auch Empfehlungen, wie der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen verbessert werden kann.

*Jochen Range*  
*Amnesty International Deutschland*

<sup>1</sup> *Red-tagging* ist eine Praxis, bei der Individuen und Organisationen beschuldigt werden, Mitglieder oder Unterstützer:innen der kommunistischen New People's Army (NPA) zu sein.

# ZUSAMMENFASSUNG: MENSCHENRECHTSLAGE UND AUSBLICK IN DEN PHILIPPINEN

**Während der sechsjährigen Amtszeit von Präsident Duterte hat sich die Menschenrechtsslage in den Philippinen dramatisch verschlechtert. Im Jahr 2016 errang Duterte bei den Präsidentschaftswahlen einen Erdrutschsieg. In seinem Wahlkampf hatte er geschworen, außergerichtliche Hinrichtungen als Mittel einzusetzen, um der Drogenkriminalität in den Philippinen ein Ende zu setzen. Durch die schrittweise Schwächung des bereits dysfunktionalen und unterfinanzierten Justizsystems ebnete Duterte den Weg für eine autokratische Regierung, die bei schweren Menschenrechtsverletzungen den Täter:innen nahezu vollständige Straffreiheit gewährte und die Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und unabhängige Medien erheblich verschärfte.**

Präsident Dutertes „Krieg gegen die Drogen“ forderte während seiner Amtszeit Tausende von Menschenleben. Offizielle Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen blieben äußerst unzureichend, da die Regierung die Zahl der Todesopfer bewusst verschleierte. Laut Schätzungen der philippinischen Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights/CHR)<sup>1</sup> und verschiedener Menschenrechtsgruppen forderte Dutertes Anti-Drogen-Kampagne mehr als 27.000 Todesopfer – eine signifikante Diskrepanz gegenüber offiziellen Statistiken, die 6.229 Tote ausweisen.<sup>2</sup>

Bei diversen Gelegenheiten versicherte Duterte den Sicherheitskräften öffentlich, sie müssten nicht fürchten, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Während seiner sechs Jahre im Amt endete nur ein Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen die Drogen“ mit einer Verurteilung wegen Mordes. Aber nicht nur im Zuge des „Kriegs gegen die Drogen“ wurden rechtsstaatliche Prinzipien systematisch ignoriert und demontiert. Das weithin kritisierte Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Act/ATA)<sup>3</sup> von 2020 gab der Regierung ein gefährliches Instrument an die Hand, um die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen, Oppositionspolitiker:innen und andersdenkender zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verschärfen.

Unter Menschenrechtsorganisationen im ganzen Land hat sich daher ein Klima der Angst ausgebreitet, das zutiefst von Dutertes aggressiver Gewaltretorik geprägt

wurde. Diese Rhetorik richtete sich sowohl gegen Aktivist:innen als auch gegen seine politischen Gegner:innen. Häufig diskreditierte er die Menschenrechte und ihre Verfechter:innen mit Aussagen wie „Menschenrechte, ihr sorgt euch um die Leben von Kriminellen und Drogenhändler:innen [...] das Spiel heißt Töten [...] ich sage den Menschenrechten, dass ich auf sie scheiße“.<sup>4</sup>

Die Regierung denunzierte Menschenrechtsverteidiger:innen und die Opposition systematisch als staatsfeindlich und beschuldigte sie der Mitgliedschaft oder Unterstützung der kommunistischen New People's Army (NPA). Unter Duterte nahm diese als *red-tagging* bekannte Praxis sprunghaft zu, nachdem er im November 2017 die Friedensverhandlungen mit der National Democratic Front of the Philippines (NDFP) abgebrochen hatte.

Außerdem wurden Präsident Dutertes militaristische Reaktionen auf die Corona-Pandemie und die umfangreichen Lockdownmaßnahmen häufig dazu benutzt, Menschenrechtsverteidiger:innen in ihrer Arbeit zu behindern. Die Überwachung der Menschenrechtsverteidiger:innen wurde durch zahllose Polizei- und Militärcheckpoints ausgeweitet und zivilgesellschaftliche und lokale Hilfsinitiativen wurden als kommunistisch verleumdet.<sup>5</sup> Vom ersten Tag seiner Amtszeit an attackierte Präsident Duterte immer wieder die unabhängigen und kritischen Medien durch Drohungen und Anklagen gegen Journalist:innen und Medienunternehmen wie z.B. Rappler, Philippine Daily Inquirer und den Sender ABS-CBN. Verleumdung – nach philippinischem Recht eine Straftat – und insbesondere die 2012 ebenfalls unter Strafe gestellte Cyber-Verleumdung wurden erneut ein beliebtes Mittel zur Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit.

Indigene, vor allem die Lumad – ein Sammelbegriff für die Angehörigen verschiedener indigener, nicht-muslimischer Gemeinschaften in Mindanao – waren unter Duterte großer Not und Unsicherheit ausgesetzt. Wegen ihres Eintretens für den Schutz ihrer Rechte auf ihr Ahnenland und ihres Widerstands gegen sozioökologisch zerstörerische Entwicklungsprojekte wurden indigene Menschenrechtsverteidiger:innen bedroht, drangsaliert und sogar ermordet. Duterte persönlich drohte damit, die Bombardierung unabhängiger Lumad-Schulen an-

zuordnen; Hunderte dieser Schulen wurden seit 2016 auf Anordnung der Regierung geschlossen.

Zu der massiven Gewalt und Repression, denen Menschenrechtsverteidiger:innen, Oppositionspolitiker:innen und unabhängige Medien während Präsident Dutertes Amtszeit ausgesetzt waren, gehört auch die Ermordung von mindestens 298 Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen zwischen dem 1. Juli 2016 und dem 31. Mai 2022. Laut der internationalen NGO Global Witness war 2019 das gefährlichste Jahr für Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen.<sup>6</sup> Unter den Ländern mit der höchsten Zahl ungeklärter Morde an Journalist:innen rangierten die Philippinen 2021 an siebter Stelle.<sup>7</sup> Die internationale Gemeinschaft hat darauf reagiert und die philippinische Regierung wiederholt dazu aufgerufen, außergerichtliche Hinrichtungen und andere Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Präsident Duterte verurteilte diese Forderungen als unzulässige ausländische Einmischung. Er versuchte, alle diesbezüglichen Bemühungen der Vereinten Nationen (United Nations/UN) zu blockieren. Auf sein Bestreben traten die Philippinen zudem am 17. März 2019 aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) aus.<sup>8</sup>

Nach den brutalen Jahren unter Ferdinand Marcos Sr. (1965-1986) geriet die Menschenrechtsslage in den Philippinen unter Präsident Duterte erneut in die Krise. Die bereits schwachen Grundfesten der philippinischen Demokratie – wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, gesetzgeberische Kontrolle – erodierten noch weiter. Trotzdem wurde die Präsidentschaft Dutertes von der philippinischen Bevölkerung mehrheitlich befürwortet.<sup>9</sup> Unterstützt wurde er von einer effizienten Propagandamaschine (vor allem in den sozialen Medien), die das Narrativ einer starken Führungsperson mit einem klaren „politischen Willen“ entwarf. Sein Markenzeichen, der „Krieg gegen die Drogen“, und sein Auftreten als „starker Mann“ wurden allgemein positiv bewertet.

Gleichzeitig baute die philippinische Regierung den staatlichen Repressionsapparat weiter aus, mobilisierte das Militär und versuchte systematisch, ihre Kritiker:innen zum Schweigen zu bringen. Durch die schrittweise politische Rehabilitation der Marcos-Familie und staatlich geförderte Desinformationsnetzwerke berei-



tete Präsident Duterte den Boden für den Sieg seines Verbündeten Ferdinand Marcos Jr. und seiner Tochter Sara Duterte-Carpio bei den Präsidentschaftswahlen von 2022. Der Aufstieg eines weiteren populistischen Politikers erfordert den lauten Ruf der internationalen Gemeinschaft und die konsequente Unterstützung der philippinischen Zivilgesellschaft, gegenüber jeglicher repressiver Entwicklung unter der neuen Regierung wachsam zu bleiben und einzufordern, dass diese sich an die internationalen Menschenrechtsstandards hält.

*Rodrigo Duterte hält eine Rede in Mindanao im Juli 2016.*

# SCHLAGLICHT: DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN VON 2022

**Am 9. Mai 2022 wurde Ferdinand Marcos Jr. zum 17. Präsidenten der Philippinen gewählt.<sup>10</sup> Sechsdreißig Jahre nach dem friedlichen Sturz seines Vaters, des Diktators Ferdinand Marcos Sr., gewann Marcos Jr. mit 58,8 Prozent bzw. mit über 31 Millionen Stimmen die Präsidentschaftswahlen. Die ehemalige Bürgermeisterin von Davao City, Sara Duterte-Carpio, wurde mit 61,3 Prozent der abgegebenen Stimmen zur Vizepräsidentin gewählt. Bis dato haben weder Marcos noch Duterte-Carpio den brutalen „Krieg gegen die Drogen“ beendet oder sich von den Menschenrechtsverletzungen distanziert, die unter den Regierungen ihrer Väter begangen wurden.**

Leni Robredo, Marcos' stärkste Gegenkandidatin und Vizepräsidentin unter Duterte, musste ihre Wahnliederlage akzeptieren. Sie war als unabhängige Kandidatin zusammen mit Senator Francis „Kiko“ Pangilinan (als Bewerber für das Vizepräsidentenamt) angetreten. Als ehemalige Menschenrechtsanwältin und scharfe Kritikerin von Dutertes „Krieg gegen die Drogen“ versprach Robredo, ihn für seine Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Auch die Opposition im Repräsentant:innenhaus und Senat verzeichneten massive Verluste. Nur eine oppositionelle Senatorin, Risa Hontiveros, schaffte den wiederholten Einzug in die obere Kammer des philippinischen Kongresses.

Marcos' Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen 2022 gilt als Höhepunkt einer langjährigen Kampagne, zur öffentlichen Rehabilitation der Familie Marcos. Die Kampagne hatte das Ziel, die zwei Jahrzehnte währende Herrschaft seines Vaters als „goldenes Zeitalter des Friedens und Wohlstands“<sup>11</sup> zu zeichnen und der Familie Marcos ein neues Image zu verleihen. Studien zufolge begann die Rehabilitierung der Marcos-Familie bereits mit ihrer Rückkehr in die Philippinen in den 1990er Jahren. Die allgegenwärtige Korruption, die Plünderung der Staatskassen und umfangreiche Menschenrechtsverletzungen unter der Marcos Sr. Diktatur verschwanden sukzessive aus dem kollektiven Gedächtnis. Einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 1976 zufolge wurden über 50.000 Menschen willkürlich festgenommen und inhaftiert, Tausende weitere wurden gefoltert, verschleppt und getötet.<sup>12</sup> Unter den Opfern waren Menschenrechtsverteidiger:innen, Kirchenmitarbeiter:innen, Anwält:innen, Gewerkschafter:innen und Journalist:innen.

Auch nach seinem Sturz wurde Ex-Diktator Marcos für die vielen Menschenrechtsverletzungen unter seiner Herrschaft (1965–1986), insbesondere nach der Verhängung des Kriegsrechts (1972), nicht zur Verantwortung gezogen. Seine Familie weigert sich bis heute, sich für diese Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen. Der Human Rights Victims Reparation and Recognition Act von 2013<sup>13</sup> spricht den Opfern finanzielle Entschädigungen zu; von über 75.000 Antragsteller:innen wurden bis 2018 insgesamt 11.103 Personen als entschädigungsberechtigt anerkannt.<sup>14</sup> Im November 2016 wurde Marcos Sr. auf dem Held:innenfriedhof in Manila beigesetzt, auf dem alle philippinischen Präsident:innen, namhafte Militärs und andere nationale Größen begraben liegen.<sup>15</sup> Duterte befürwortete diese Entscheidung trotz der weit verbreiteten Kritik, dass dieses symbolische Begräbnis dazu beitrage, den Diktator von seinen Menschenrechtsverstößen reinzuwaschen.

Marcos' strategische Desinformationskampagne,<sup>16</sup> die sich vor allem auf soziale Medien wie Facebook<sup>17</sup> und TikTok<sup>18</sup> stützte, schaffte es, die Wahrnehmungen und Gefühle einer breiten Wähler:innenschaft zu beeinflussen und die Geschichte seiner Familie umzuschreiben, zumal die Mehrheit der philippinischen Wahlberechtigten mittlerweile jünger als 40 Jahren ist und keine eigenen Erinnerungen an die Marcos-Diktatur hat. Die unabhängige Faktencheck-Initiative tsek.ph ermittelte, dass 92 Prozent der online verbreiteten Falschinformationen zugunsten von Marcos ausfielen und 96 Prozent negative Aussagen über Robredo enthielten.<sup>19</sup> Die Narrative präsentierten Marcos als „einigende Kraft“ und mit dem Versprechen, die Erholung von der Pandemie und der Wirtschaft<sup>20</sup> zu priorisieren sowie die Philippinen „wieder groß“<sup>21</sup> zu machen. Robredos Kampagne stützte sich hingegen stark auf ein großes Netzwerk engagierter junger Freiwilliger, die einen Wahlkampf von Haus zu Haus betrieben.<sup>22</sup> Ähnlich aggressiv wie Duterte gegen politische Gegner:innen vorgegangen war, griffen auch Marcos und Duterte-Carpio ihre Gegenkandidat:innen wiederholt durch *red-tagging*<sup>23</sup> an oder verbreiteten während des Wahlkampfs gezielt Falschinformationen über sie. Einige unabhängige Journalist:innen wurden absichtlich von Marcos' Wahlkampfveranstaltungen ausgeschlossen, bei anderen ignorierte der Kandidat schlicht ihre Fragen.<sup>24</sup> Nach den



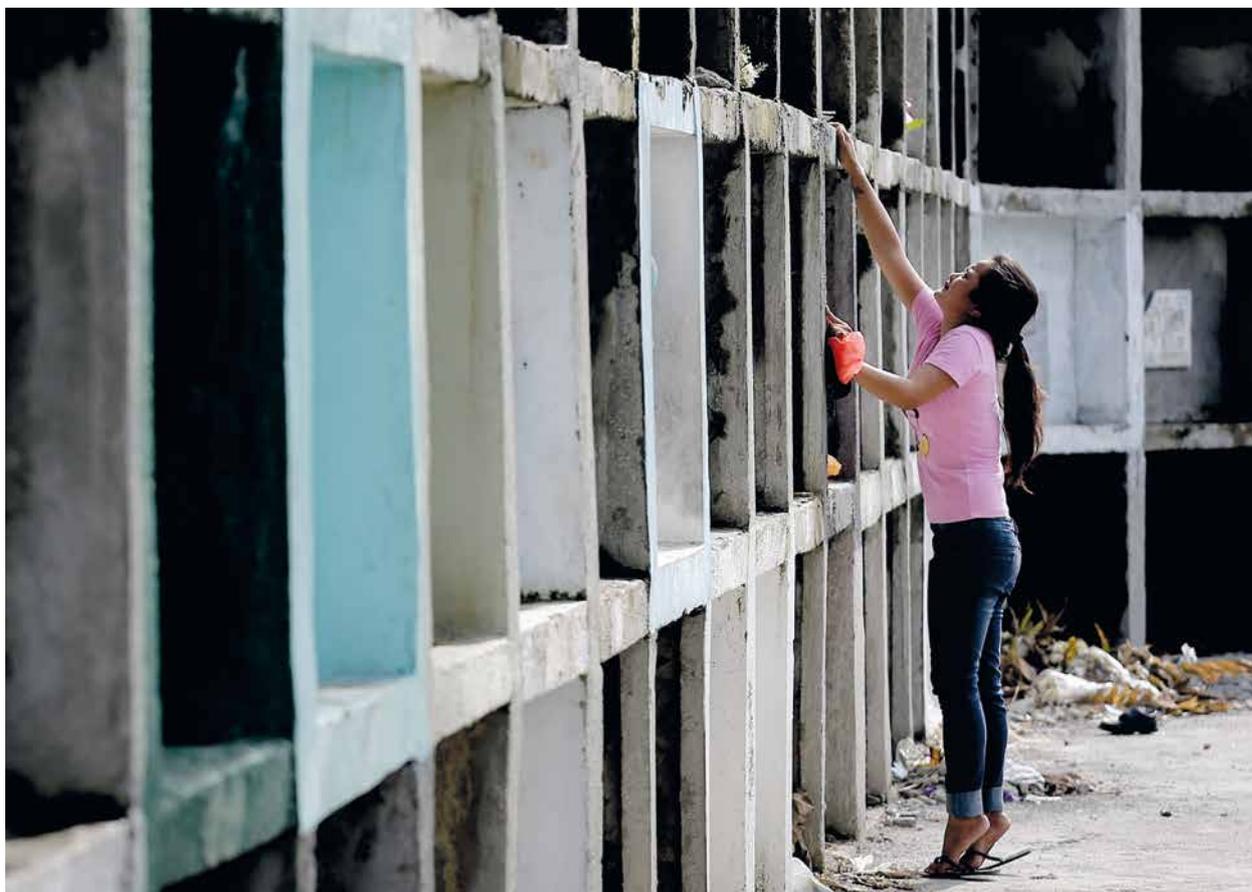
Wahlen kündigte Marcos an, er wolle Vlogger:innen und Influencer:innen akkreditieren, um aus dem Präsidentenpalast zu berichten, wodurch die etablierten Medien an den Rand gedrängt und der Raum für kritischen und unabhängigen Journalismus noch weiter schrumpfen würde.<sup>25</sup> Einen Tag nach den Wahlen versammelten sich Gruppen meist junger Menschen vor dem Hauptbüro der staatlichen Wahlkommission Commission on Elec-

tions (COMELEC) in Manila, um gegen die Ergebnisse der gerade entschiedenen Wahlen zu protestieren. Sie prangerten die mutmaßlichen Fehlfunktionen Tausender defekt gemeldeter Stimmauszählungsmaschinen an, die sie an der Stimmabgabe gehindert hätten.<sup>26</sup> Die Kritik konnte jedoch keine Mehrheiten gewinnen. Am 30. Juni 2022 wurde Ferdinand Marcos Jr. in das Amt des Präsidenten eingeführt.

*Die Wahlkampfkampagne von Präsident Ferdinand Marcos Jr. und Vizepräsidentin Sara Duterte-Carpio 2022.*

# „KRIEG GEGEN DIE DROGEN“

*Eine Witwe besucht das Grab ihres Ehemannes, ein Opfer von Duterte's „Krieg gegen Drogen“, auf dem öffentlichen Friedhof in Pasay.*



Dutertes sechsjähriger „Krieg gegen die Drogen“ kostete Tausende Menschen in den Philippinen das Leben. Die meisten Opfer dieser Kampagne stammten aus der ökonomisch ärmeren Bevölkerungsschicht, weshalb lokale Menschenrechtsorganisationen den „Krieg gegen die Drogen“ auch als Krieg gegen die Armen bezeichnen.<sup>27</sup> Die Tötungen scheinen zudem geplant und systematisch durchgeführt worden zu sein. In vielen Fällen wurden Beweise vorsätzlich gefälscht und die Angehörigen der Opfer des „Drogenkriegs“ gezwungen, falsche Angaben zur Todesursache zu machen, um eine Strafverfolgung der Mörder:innen zu verhindern.

Bis heute hat die ehemalige Duterte-Regierung nicht nur das Ausmaß der Tötungen verschleiert, sondern auch adäquate Untersuchungen behindert. Regierungsamtliche Statistiken weisen eine wesentlich niedrigere Zahl an Todesopfern aus als durch unabhängige Dokumentationen ermittelt wurde. Nach einem Bericht der für Drogenbekämpfung zuständigen Philippine Drug Enforcement Agency (PDEA) vom Februar 2022

wurden seit Juli 2016 bei über 200.000 drogenbezogenen Polizeieinsätzen 6.229 Verdächtige wegen angeblichen Widerstands gegen ihre Festnahme getötet – in früheren PDEA-Berichten hatte diese Zahl immer wieder geschwankt.<sup>28</sup> Im Gegensatz dazu verzeichneten die nationale Menschenrechtskommission CHR und verschiedene Menschenrechtsgruppen seit der Amtsübernahme von Präsident Duterte im Jahr 2016 mindestens 27.000 Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen.<sup>29</sup> Einem Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2021<sup>30</sup> zufolge nahmen die Fälle von Tötungen im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen die Drogen“ wie auch willkürliche Festnahmen während des pandemiebedingten Lockdowns 2020 weiter zu. Ein Länderbericht des US-Außenministeriums von 2021 hält die unabhängigen Angaben zu Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen ebenfalls für glaubwürdig.<sup>31</sup> Der US-Bericht stellte fest, dass zahlreiche Verstöße von bzw. im Namen der philippinischen Regierung sowie von nichtstaatlichen Akteur:innen begangen wurden.



*Gedenken  
an die Opfer  
von Duterte  
„Krieg gegen  
die Drogen“.*

Der Internal Affairs Service, d.h. die Innenrevision der Philippine National Police (PNP), wird als ineffektiv bewertet.<sup>32</sup> Die Duterte-Regierung wies jedoch alle diesbezüglichen Anschuldigungen zurück.<sup>33</sup> Darüber hinaus lehnte Duterte jegliche unabhängige Untersuchung seitens der UN und des IStGH ab.

## AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN

Das systematische Töten<sup>34</sup> mutmaßlicher Drogenkriminalen nahm 2016 mit Beginn des „Kriegs gegen die Drogen“ dramatisch zu. Die Polizei verwendete sogenannte Drogen-Beobachtungslisten, auf denen die Namen von Hunderttausenden im Zusammenhang mit Drogen delikten verdächtigen Personen verzeichnet waren.<sup>35</sup> Weder gab es ein verfassungskonformes Verfahren für die Erstellung noch für die Streichung von Namen auf den Listen.

In den meisten Fällen von Tötungen im Zuge von Polizeioptionen behauptete die Polizei im Anschluss, die Opfer seien bewaffnet gewesen und hätten sich der Verhaftung widersetzt.<sup>36</sup> Auffällig ist jedoch, dass Polizeiberichte oftmals identische Formulierungen enthalten und bei den angeblich gegen Polizeikräfte eingesetzten Waffen wiederholt dieselben Seriennummern angegeben wurden.<sup>37</sup> Umgekehrt sagten Augenzeug:innen und Überlebende aus, die Waffen oder Drogen seien den Verdächtigen während der Durchsuchungen als angebliche Beweismittel untergeschoben worden – eine gängige Praxis der philippinischen Polizei, um falsche Anschuldigungen zu konstruieren.<sup>38</sup>

Duterte erteilte der Polizei auch einen ausdrücklichen Schießbefehl bei mutmaßlich in den Drogenhandel verwickelten Personen und forderte Bürger:innen, die Drogenabhängige kannten, dazu auf, diese „eigenmächtig zu töten“.<sup>39</sup> In vielen Fällen wurden die Tötungen von selbsternannten Bürger:innenwehren aus-



Anlässlich des Internationalen Menschenrechtstages am 10. Dezember 2019 wurden im Kulturzentrum der Philippinen in Pasay die Porträts derjenigen ausgestellt, die im Rahmen von Duterte „Krieg gegen die Drogen“ ermordet wurden.

geführt, die für ihre engen Verbindungen zu staatlichen Stellen bekannt waren. Mitunter handelte es sich dabei um Personen, die Duterte „Krieg gegen die Drogen“ unterstützten und von seiner Gewaltretorik inspiriert wurden. Manche wurden als „bekannte Polizeispitze“ identifiziert, die – wie der IStGH feststellte<sup>40</sup> – von staatlichen Sicherheitsorganen bezahlt wurden, andere waren Polizeikräfte in Zivil. Duterte Ansprachen und die den Täter:innen zugesicherte Straffreiheit haben außergerichtliche Hinrichtungen befördert.

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte stellte 2020 fest, die Polizei könne Duterte Sprache als implizite

„Erlaubnis zum Töten“<sup>41</sup> verstehen, was einen Verstoß gegen Art. 6 des UN-Zivilpaktes (International Convention on Civil and Political Rights/ICCPR) darstellt, wonach niemand willkürlich seines Lebens beraubt werden darf. Agnès Callamard, ehemals UN-Sonderberichterstatterin für außergerichtliche, standrechtliche und willkürliche Hinrichtungen, verurteilte Duterte „Krieg gegen die Drogen“ aufs Schärfste und konstatierte 2018, er trage die Verantwortung für das „unvorstellbare Leid, das über Tausende wehrlose Familien gebracht wurde, das Befördern korrupter Polizeiarbeit und die Zerstörung des Rechtsstaats.“<sup>42</sup> Daraufhin verkündete Duterte, Sonderberichterstatter:innen wie Callamard seien in den Philippinen nicht mehr willkommen.

## STRAFLOSIGKEIT

Die philippinische Regierung hat es versäumt, mutmaßlich von Angehörigen der staatlichen Sicherheitsorgane begangene Menschenrechtsverletzungen angemessen zu untersuchen. Am 15. September 2021 stimmte der IStGH einer offiziellen Untersuchung wegen möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Zeitraum vom 1. November 2011 bis zum 16. März 2019 zu.<sup>43</sup> Dieser Zeitraum bezieht sich auf die Amtszeit Duterte als Bürgermeister der Stadt Davao und als Präsident der Philippinen bis zum Austritt aus dem IStGH. Wenige Wochen später gab Justizminister Menardo Guevarra bekannt, dass 154 Polizeibeamt:innen in 52 Fällen für den Tod von Verdächtigen im Rahmen von Anti-Drogen-Einsätzen strafrechtlich verantwortlich sein könnten.<sup>44</sup> Im November 2021 wurden die Untersuchungen des IStGH auf Gesuch der philippinischen Regierung und dem Verweis auf eigene Untersuchungen suspendiert. Angesichts der Tausenden von Opfern, die Duterte „Krieg gegen die Drogen“ gefordert hat, stehen die Zahlen des Justizministers in keinerlei Verhältnis zu den geschätzten 27.000 Tötungen. Bis heute wurde niemand für diese Taten verurteilt – bis auf eine einzige Ausnahme: Im November 2018 erhielten drei Polizeibeamte für den Mord an dem 17-jährigen Kian delos Santos in Calocan Gefängnisstrafen.<sup>45</sup> Allerdings war dies nicht einfach das Resultat regierungsoffizieller Ermittlungen, sondern primär den unermüdlichen Bemühungen der Familie des Opfers zu verdanken; Überwachungsaufnahmen zeigten, dass der Minderjährige von Polizeibeamten exekutiert wurde. Dennoch benutzte die Regierung diesen Fall, um zu betonen, dass sie in der Lage sei, unabhängige Todesfallermittlungen durchzuführen und widerrechtliche Tötungen, wenn nötig, zu bestrafen.<sup>46</sup>

In seinem Antrag zur Wiederaufnahme von Ermittlungen wegen möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Juni 2022 kam der Chefankläger des IStGH zu dem Schluss, dass die philippinische Regierung Tötungen im Zusammenhang mit Drogen nicht in angemessener Weise untersucht habe.<sup>47</sup> Nur in vier Tötungsfällen, den Mord an Kian delos Santos miteingerechnet, konnte die Regierung konkrete Informationen über die von ihr unternommenen Ermittlungsschritte vorlegen. Außerdem konnte die Regierung

nicht nachweisen, Ermittlungen angestellt zu haben, wenn es sich um drogenbezogene Tötungen jenseits von Polizeieinsätzen oder um andere Verbrechen als Mord handelte. Der Chefankläger führte zudem aus, dass die gegen Polizeibeamt:innen eingeleiteten nichtstrafrechtlichen Maßnahmen, wie z.B. Suspendierungen, nicht mit Strafverfolgung gleichzusetzen und daher unzureichend seien.

Bei einer unabhängigen forensischen Untersuchung im Jahr 2022 wurden die Leichen von 46 Opfern des „Kriegs gegen die Drogen“ exhumiert. Festgestellt wurde, dass Todesursachen und Angaben auf den Totenscheinen häufig nicht übereinstimmen,<sup>48</sup> was darauf hindeutet, dass staatliche Stellen Täter:innen durch Falschangaben bewusst schützen. In sieben Fällen wurde im Totenschein eine natürliche Todesursache attestiert, obwohl die Leichen tödliche Schussverletzungen aufwiesen. Die Angehörigen der Opfer berichteten zudem, dass sie auch von Friedhofsleitungen unter Druck gesetzt wurden, Falschangaben zur Todesursache zu machen. Durch eine Autopsie wären die Beerdigungskosten gestiegen. Gleichzeitig fürchteten sie als Angehörige von vermeintlichen Drogenkriminellen diskriminiert zu werden.<sup>49</sup> Medienberichten zufolge wurde das Ausstellen gefälschter Totenscheine durch „mündliche Autopsien“ ermöglicht, bei denen die Angehörigen der Opfer Ärzt:innen eine Todesursache nennen.<sup>50</sup> Laut polizeilicher Statistiken wurden zwischen Juli 2016 und 30. März 2022 rund 10.490 Polizeibeamt:innen suspendiert, von 848 wurde das Gehalt einbehalten, 208 wurden in ihrem Tätigkeitsbereich eingeschränkt und 5.599 aus dem Polizeidienst entlassen; 714 dieser Entlassungen standen mutmaßlich im Zusammenhang mit sogenannten drogenbezogenen Fällen.<sup>51</sup> Ungeachtet dessen, steht eine angemessene Untersuchung der übrigen Tausenden von Fällen immer noch aus. Die Regierung hat weder den Willen noch die Fähigkeit gezeigt, die Tatverantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Sie verstößt daher massiv gegen internationale Standards, die in jedem Fall tödlicher Gewalt Ermittlungen seitens der Strafverfolgungsbehörden verpflichtend vorschreiben.<sup>52</sup>

## MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER:INNEN

*Eine Demonstrantin fordert die Beendigung der außergerichtlichen Hinrichtungen in Duterte's „Krieg gegen die Drogen“.*



Die Philippinen bleiben eines der weltweit gefährlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger:innen – diese Situation hat sich unter der Duterte-Regierung drastisch verschlechtert.<sup>53</sup> Nachdem die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen deutlich zugenommen hat und sie in signifikant höherem Maß außergerichtlichen Hinrichtungen oder Verschwindenlassen zum Opfer fallen, ist ein Klima der Angst entstanden.

Für den Zeitraum zwischen dem 19. August 2019 und dem 31. Mai 2022 hat das AMP 85 Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen dokumentiert. Eine Reihe von Gesetzen und Verfügungen leistet der Kriminalisierung politischer Gegner:innen Vorschub, z.B. das hochumstrittene Anti-Terrorismus-Gesetz (ATA) von 2020, Memorandum Order No. 32 (MO32) und Executive Order No. 70 (EO70) aus dem Jahr 2018. Diese Instrumente hat die philippinische Regierung systematisch genutzt, um Menschenrechtsverteidiger:innen zu drangsalieren und einzuschüchtern und um Repressionen gegen

Journalist:innen, Kirchenmitarbeiter:innen, Gewerkschafter:innen und indigene Gemeinschaften, die ihre Rechte auf ihr Ahnenland verteidigen, zu legitimieren. Eine besonders perfide Form der Kriminalisierung sind konstruierte Anklagen, bei denen gefälschte Beweismittel dazu dienen, die Opfer eines Verbrechens zu beschuldigen, das sie nicht begangen haben. Begleitet wird diese ausufernde Kriminalisierung von Verunglimpfungen, Todesdrohungen, massivem psychosozialen Stress, erheblicher Rechtsunsicherheit für Einzelpersonen und Institutionen, bis hin zu Mord.

Ein einzelner Lichtblick war die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (Human Rights Defenders Act) durch das Repräsentant:innenhaus am 17. Januar 2022.<sup>54</sup> Unter Verweis auf die großen Risiken, denen in den Philippinen „jene ausgesetzt sind, die Menschenrechte friedlich verteidigen“<sup>55</sup> rief die UN-Sonderberichterstatterin für die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen beide Kammern des philippinischen Kongress im März



Demonstration gegen das Anti-Terrorismus-Gesetz.

2021 dazu auf, die Verabschiedung dieses Gesetzes vorrangig zu behandeln. Das Gesetz soll der extremen Einschränkung, Einschüchterung und Kriminalisierung sowie der Ermordung von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen ein Ende setzen. Es sieht zudem die Einrichtung eines Menschenrechtsverteidiger:innen-Komitees<sup>56</sup> vor, dessen Mitglieder und Vorsitzender von der nationalen Menschenrechtskommission CHR und Vertreter:innen von Menschenrechtsorganisationen gewählt werden sollen. Zu einer Verabschiedung des Gesetzes im Senat ist es vor Ende der Amtszeit des 18. Kongresses nicht mehr gekommen.

Das neue Gesetz würde die Regierung dazu verpflichten, die Rechte von Menschenrechtsverteidiger:innen zu respektieren, z.B. durch die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.<sup>57</sup> Außerdem wäre es staatlichen Behörden untersagt, die Bankkonten von Menschenrechtsorganisationen einzufrieren oder einzuziehen.<sup>58</sup> Die Herabwürdigung von Menschenrechtsverteidiger:innen, wie z.B. das all-

gemein übliche *red-tagging* als Kommunist:innen oder Terrorist:innen, würden strafrechtlich verfolgt.<sup>59</sup> Die nationale Taskforce zur Beendigung lokaler kommunistischer bewaffneter Konflikte (National Task Force to End Local Communist Armed Conflict/NTF-ELCAC) bezeichnete den Gesetzentwurf als „gefährlich und potenziell verfassungswidrig“<sup>60</sup>, da er den Interessen der kommunistischen Rebellion dienen könne. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass diese Taskforce von der Duterte-Regierung eingerichtet wurde, um sein Vorhaben, kommunistische Aufstände im gesamten Land zu beenden (whole-of-nation approach), in die Tat umzusetzen.<sup>61</sup>

Mit der Amtsübernahme der neuen Regierung muss die Lobbyarbeit für den Human Rights Defenders Act im 19. philippinischen Kongress nun erneut aufgenommen werden. Die neue Supermehrheit der Marcos-Duterte-Regierung im philippinischen Senat und im Repräsentant:innenhaus dürfte die Verabschiedung des Gesetzes erschweren.

## MORDE AN MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN

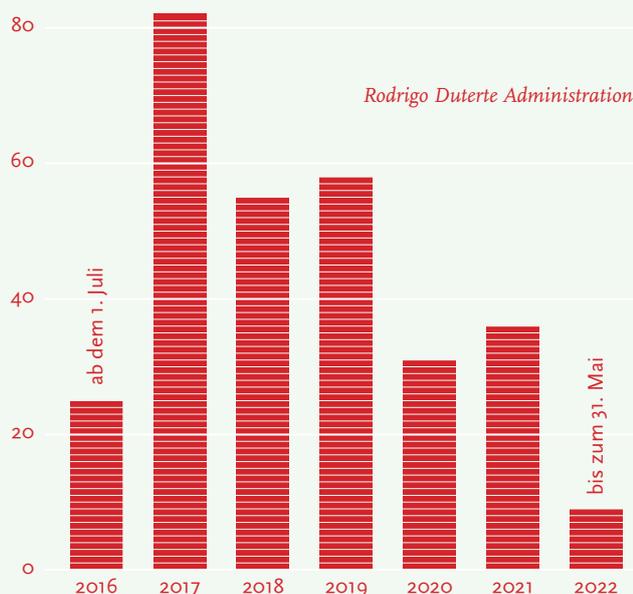
Dutertes gefährliche Äußerungen über Menschenrechtsaktivist:innen und die damit verbundene Abwertung der Menschenrechte hat nicht nur die Arbeit der Aktivist:innen erschwert, sondern auch dazu geführt, dass Menschenrechtsarbeit generell dämonisiert wird.<sup>62</sup> Zur Hauptzielscheibe von Drohungen und Tötungen wurden Menschenrechtsverteidiger:innen, die in Konflikte um landwirtschaftliche Flächen und natürliche Ressourcen involviert waren, z.B. im Zusammenhang mit Bergbauprojekten. Drohungen gegenüber Land- und Umweltaktivist:innen nahmen signifikant zu, nachdem das Moratorium für neue Bergbauverträge per Executive Order No. 130 (EO130) vom 14. April 2021 aufgehoben worden war.<sup>63</sup> Aufgrund seiner Kapazität, mehr ausländische Unternehmen und Investitionen ins Land zu holen, sah die Regierung den Bergbau – insbesondere seit Beginn der Corona-Pandemie – als einen der Schlüs-

selsektoren für wirtschaftliche Erholung an. Aber bereits 2018 wurden in den Philippinen bei Konflikten um Bergbau- und Landrechte 30 Aktivist:innen getötet und im Jahr zuvor waren es sogar 48 Fälle, die höchste jemals verzeichnete Zahl in ganz Asien.<sup>64</sup> Besonders bedroht sind Menschenrechtsverteidiger:innen, die fälschlicherweise der Unterstützung des kommunistischen Aufstands bezichtigt, d.h. Opfer von *red-tagging* werden. Die gezielte Ermordung links-politischer Aktivist:innen hat in den Philippinen eine lange Geschichte, aber die systematische Verleumdung von Einzelpersonen und Gruppen als kommunistisch oder terroristisch hat unter Duterte neuen Auftrieb erhalten, vor allem nachdem er im November 2017 die Friedensverhandlungen mit der NDFP beendete.<sup>65</sup> Die Beendigung des Friedensprozesses führte unmittelbar zu einer Zunahme der Anschuldigungen gegenüber NGOs, Front-Organisationen der NPA zu sein.

Unter Anwendung des Gesetzes zur Prävention und Zerschlagung von Terrorismusfinanzierung (Terrorism Financing Prevention and Suppression Act) von 2012 wurden die Kommunistische Partei der Philippinen (Communist Party of the Philippines/CPP) und die NPA im Dezember 2017 offiziell zu terroristischen Organisationen erklärt.<sup>66</sup> Der Antrag des Justizministeriums listete insgesamt 649 Personen als mutmaßliche NPA-Mitglieder auf und beschuldigte sie somit des „Terrorismus“.<sup>67</sup> Darunter waren auch mehrere Dutzend linke Politiker:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen sowie Victoria Tauli-Corpuz,<sup>68</sup> ehemalige UN-Sonderberichterstatterin für Indigenenrechte und philippinische Staatsbürgerin.

Ein weiteres Opfer falscher Anschuldigungen und Todesdrohungen war Benjamin Ramos, ein renommierter Menschenrechtsanwalt und Gründungsmitglied des Menschenrechtsanwält:innenverband National Union of Peoples' Lawyers (NUPL), der NGO Peace Development Group und des Netzwerks MASIPAG, das landesweit Bäuer:innen und Wissenschaftler:innen vernetzt.<sup>69</sup> Am 6. November 2018 wurde Ramos in Kabankalan City in der Provinz Negros Occidental, von unbekanntem Männern erschossen. Damit war er Nummer 35 von 66 Anwält:innen, die unter der Duterte-Regierung getötet wurden (Stand Dezember 2021).<sup>70</sup> Ein Bericht des UN-Sonderberichterstatters zur Unabhängigkeit von Rich-

### GETÖTETE MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN IN DEN PHILIPPINEN 2016 – 2022<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Diese Infografik weicht von der im AMP-Menschenrechtsbericht von 2019 veröffentlichten Infografik aufgrund der Überarbeitung von Fällen ab.



Demonstration gegen Duterte „Krieg gegen die Drogen“.

ter:innen und Anwält:innen, Diego García-Sayán, verzeichnete im Zeitraum von 2016 bis April 2022 sogar 105 Angriffe auf Jurist:innen, von denen 85 tödlich endeten.<sup>71</sup> Er benennt zudem die Praxis des *red-tagging* als einen Grund, weshalb Anwält:innen in den Philippinen immer häufiger Opfer von Kriminalisierung und außergerichtlicher Hinrichtung werden.<sup>72</sup>

Schon kritische Kommentare in sozialen Medien können genügen, um ins Visier der Regierung zu geraten. Beispielsweise ärgerte sich die privat organisierte Lebensmittelausgabe Maginhawa Community Pantry 2021 über die unzureichende staatliche Unterstützung zur Deckung des Nahrungsmittelgrundbedarfs der Bevölkerung während der Pandemie. Die NTF-ELCAC verleumdete die Maginhawa Community Pantry daraufhin online, indem sie sie als „kommunistische terroristische Organisation“ bezeichnete. Danach waren die Ehrenamtlichen gezwungen, ihre Arbeit vorübergehend einzustellen, wodurch ihre Gemeinde ohne Lebensmittelversorgung dastand.<sup>73</sup>

Die Schaffung der NTF-ELCAC erfolgte auf Grundlage der EO70 vom 4. Dezember 2018.<sup>74</sup> Seit der Verabschiedung des ATA am 3. Juli 2020 betreibt diese

Taskforce eifriges *red-tagging* angeblicher Kommunist:innen, wodurch ihr eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Gesetzes zukommt. Repräsentant:innen der NTF-ELCAC, allen voran ihre ehemalige Sprecherin Lorraine Badoy, haben Menschenrechtsverteidiger:innen, zivilgesellschaftliche Akteur:innen und politische Gegner:innen wie Leni Robredo<sup>75</sup> wiederholt als „Terrorist:innen“ bezeichnet. Im Jahr 2022 reichte der Makabayan Block, ein Zusammenschluss oppositioneller Abgeordneter im Repräsentant:innenhaus, mehrere Beschwerden gegen Badoy und die NTF-ELCAC wegen der Praxis des *red-tagging* ein.<sup>76</sup>

Auch Zara Alvarez wurde bereits viele Jahre vor dem Bestehen von NTF-ELCAC öffentlich als Terroristin diffamiert.<sup>77</sup> Alvarez war eine Menschenrechtsverteidigerin, lokale Gesundheitsaktivistin und Lehrerin, die am 17. August 2020 von zwei unbekanntem Männern auf Motorrädern in der Nähe ihres Hauses in Bacolod City ermordet wurde (s.a. S.21 Fall Zara Alvarez).<sup>78</sup> Dasselbe geschah im Fall des ehemaligen „Friedenberaters“ und Vorsitzenden der Anakpawis-Parteiliste Randall Echanis, nachdem er am 10. August 2020 in seinem Haus in Quezon City brutal gefoltert und ermordet worden war. Auch Echanis wurde zuvor als Terrorist verunglimpft.<sup>79</sup>

Demonstration, die Gerechtigkeit für die Opfer von außergerichtlichen Hinrichtungen fordert.



In einer beträchtlichen Zahl von Fällen ereigneten sich die Schikanen, Verleumdungen und Tötungen von Menschenrechtsverteidiger:innen im Zusammenhang mit Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Regierung. Polizei- und Militärrazzien erfolgen üblicherweise auf der Grundlage von Durchsuchungsbeschlüssen. Oftmals stellen Richter:innen innerhalb kürzester Zeit Durchsuchungsbeschlüsse für eine ganze Reihe von Fällen aus. In vielen dieser Fälle stürmen Polizei und Militär die Wohnungen der Zielpersonen spät in der Nacht oder am frühen Morgen mit der Behauptung, nach Beweisen zu suchen. Bei dieser als Oplan Tokhang bezeichneten Vorgehensweise (eine Kombination der Cebuano-Wörter *toktok* für „klopfen“ und *hangyo* für „höfliche Aufforderung“) werden die Beweismittel oft während der Razzia selbst von den Sicherheitskräften im Haus deponiert. Ein Beispiel für diese Methode sind die als Bloody Sunday oder Calabarzon-Morde bekannten Ereignisse vom 7. März 2021, bei denen vier Richter:in-

nen in nur zwei Tagen 42 Durchsuchungsbeschlüsse ausgestellt hatten.<sup>80</sup> Diese Durchsuchungsbeschlüsse dienten als Grundlage für das harte Vorgehen gegen Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, das zum Tod von neun Menschen führte. Sechs weitere Personen wurden festgenommen. Die Durchsuchungen fanden am frühen Morgen statt, mehrere Polizeieinheiten stürmten die Wohnungen der Betroffenen und erschossen sie. Die Opfer waren der Gewerkschaftsführer und Generalsekretär von BAYAN-Cavite Emmanuel „Manny“ Asuncion, zwei Aktivisten für Indigenenrechte, Puroy dela Cruz und Randy „Pulong“ dela Cruz, zwei Aktivist:innen für die Rechte von Bäuer:innen, Ana Marie „Chai“ Lemita-Evangelista und Ariel Evangelista, und vier Aktivisten für Housing Rights, Abner Esto und Edward Esto, Michael „Greg“ Dasigao und Mark Lee „Makmak“ Bacasno.<sup>81</sup> Ein Jahr später, im März 2022, wurden 34 Polizei- und Militärangehörige, die an den Tötungen beteiligt waren, wegen Mordes angeklagt.<sup>82</sup>

## FALL: ZARA ALVAREZ



Zara Alvarez war eine engagierte und namhafte Menschenrechtsverteidigerin, Community Organizerin, Lehrerin und alleinerziehende Mutter eines minderjährigen Kindes. Vor allem in ihrer Heimat, der Insel Negros, unterstützte Alvarez landlose Bäuer:innen und Landarbeiter:innen dabei, ihre Rechte geltend zu machen. Sie arbeitete eng mit Menschenrechts-NGOs und kirchlichen Organisationen zusammen. Außerdem war sie mit der Recherche und Interessenvertretung im regionalen Gesundheits- und Entwicklungsprogramm Negros Island Health Integrated Program for Community Development (NIHPCD) betraut.

Alvarez hatte seit der Amtszeit von Ex-Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo Todesdrohungen erhalten. Bereits 2004 wurde sie zur Zielscheibe einer Verleumdungskampagne seitens des Militärs, das sie bei öffentlichen Veranstaltungen und in einer Sendung des Militärradios als kommunistische Terroristin bezeichnete. Sie erhielt Droh-SMS (z.B. „Wir beobachten dich“) und ihre täglichen Aktivitäten wurden

überwacht. Aufgrund ihrer umfassenden Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen wurden Alvarez und zwei ihrer Kollegen 2008 in Guihulngan City zu unerwünschten Personen erklärt. Im Oktober 2012 war Alvarez mit zwei konstruierten Anklagen konfrontiert und wurde unrechtmäßig inhaftiert. Das Militär beschuldigte sie, Mitglied der NPA zu sein, und klagte sie anhand gefälschter Beweise wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes und Raubes an. Infolgedessen verblieb sie annähernd zwei Jahre in Haft und wurde erst im Juli 2014 gegen Kautionsfreigabe freigelassen. Das Verfahren gegen sie zog sich noch über mehrere Jahre hin, was ihre Arbeit einschränkte. Die laufende, wenn auch falsche Anklage stellte eine permanente Bedrohung für Alvarez selbst wie auch für ihre Familie und Kolleg:innen dar. Erst im März 2020 wurde die Mordklage aus Mangel an Beweisen abgewiesen – acht Jahre nach der ersten Anklage. Die Anklage wegen Raubes wurde vom Gericht nicht weiter verhandelt.

Trotz der abgewiesenen Anklage war Alvarez auch weiterhin ständigen Schikanen ausgesetzt. Sie wurde als Terroristin verleumdet und bedroht. In einem Antrag des philippinischen Justizministeriums wurde Alvarez im Februar 2018 – zusammen mit 600 weiteren Personen – erneut beschuldigt, eine kommunistische Terroristin zu sein. Sie lebte in massiver Rechtsunsicherheit und fürchtete ständig um ihr Leben. Schließlich gipfelten die jahrelangen Schikanen, Drohungen und Repressionen in ihrer Ermordung: Am 17. August 2020 wurde Alvarez nahe ihrer Wohnung in Bacolod City auf der Insel Negros von unbekanntem Tätern getötet.

Zara Alvarez ist eines der vielen Opfer der unter Präsident Duterte verschlechterten Menschenrechtssituation in den Philippinen.

## VERSCHWINDENLASSEN VON MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER:INNEN

Das Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidiger:innen ist ein gängiges Mittel zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft, auf das autokratische Regierungen wie die von Duterte immer wieder zurückgreifen. Inzwischen steht fest, dass das Verschwindenlassen – d.h., dass staatliche Akteur:innen daran beteiligt sind, die Opfer zu entführen, gefangen zu halten und ihren Aufenthaltsort zu verschleiern – von den Täter:innen gut durchorganisiert und unter Duterter Regierung systemisch war. Dem philippinischen Zentrum für investigativen Journalismus (Philippine Center for Investigative Journalism/PCIJ) zufolge weisen Verschleppungen in Zusammenhang mit Duterter „Krieg gegen die Drogen“ ein Muster auf, das dem Leben unter Marcos Sr.'s Kriegsrecht ähnelt.<sup>83</sup> Die nationale Opferfamilien-NGO Families of Victims of Involuntarily Disappearance (FIND) berechnete 2022, dass von den insgesamt 50 während Präsident Duterter Amtszeit verschwundenen Personen allein 24 dem „Krieg gegen die Drogen“ zuzuschreiben sind.<sup>84</sup> Laut FIND lassen sich Fälle von Verschwindenlassen nur schwer dokumentieren, weil viele Angehörige sich aus Angst vor Vergel-

tungsmaßnahmen seitens der Täter:innen nicht dazu äußern wollen.<sup>85</sup> Andere Familien vermisster Personen, die sich hilfesuchend an die Polizei gewandt hatten, berichteten, diese habe sich nicht an die im Memorandum Circular 2016–2033 festgelegten Verfahrensregeln zum Umgang mit Vermisstenfällen gehalten.<sup>86</sup> In einigen Fällen werden die verschwunden gelassenen Personen nach einer Weile tot aufgefunden.

Als erstes Land in Asien verabschiedeten die Philippinen im Dezember 2012 ein Gesetz, das die Praxis des Verschwindenlassens unter Strafe stellt.<sup>87</sup> Das Gesetz verbietet zudem die Nutzung von Geheimgefängnissen und sieht Entschädigungen und Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Angehörigen vor. Allerdings wurden bis heute keine Täter:innen auf Grundlage dieses Gesetzes verurteilt. Nur im Fall der am 26. Juni 2006 entführten und unrechtmäßig inhaftierten Studentinnen, Sherlyn Cadapan und Karen Empeño, wurde im September 2018 der ehemalige Armeegeneral Jovito Palparan zu 40 Jahren Haft verurteilt.<sup>88</sup> Zuletzt versetzte das Verschwinden von Elena Tijamo am 13. Juni 2020 etliche zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Mitglieder in Schrecken, weil es stark an die heimtückischen Praktiken der Marcos-Diktatur erinnerte (s.u. Fall Elena Tijamo).<sup>89</sup>

### FALL: ELENA TIJAMO

Elena Tijamo war eine Menschenrechtsaktivistin, Community Organizerin und Koordinatorin bei der NGO Farmers Development Center (FARDEC) in der Region Central Visayas. Sie lebte in Bantayan, Cebu.

Am 13. Juni 2020 wurde sie von sechs unbekanntem Bewaffneten – vier Männern und zwei Frauen – aus ihrem Haus in Sitio Avocado, Barangay Kampingganon auf der zu Cebu (Visayas) gehörenden Insel Bantayan entführt. Ab diesem Zeitpunkt war ihr Aufenthaltsort unbekannt. Tijamos Familie meldete den Fall der Polizei. Am 30. August 2021 erhielt ein Mitglied ihrer Familie in Manila – weit vom Ort der ursprünglichen Entführung entfernt – einen

Anruf von einer ihr unbekanntem Person, die sagte, Tijamo sei operiert worden und im Krankenhaus verstorben. Es dauerte zwei weitere Tage, bis ihre Familie Zugang zu ihrem Leichnam erhielt, der bereits unter falschem Namen an ein Bestattungsinstitut überstellt worden war.

Tijamo war für FARDEC auch als Radiokoordinatorin auf der Insel Bantayan aktiv. In Kooperation mit der philippinischen Sektion der International Association of Women in Radio & Television (IAWRT) unterhält FARDEC ein Radioprogramm, Radyo Sugbuanon. Vor ihrem Verschwinden wurde Tijamo zum Opfer von *red-tagging*.



Die gewaltsam verschwunden gelassene und später tot aufgefundene Menschenrechtsverteidigerin Elena Tijamo.

## KRIMINALISIERUNG VON MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER:INNEN

Sicherheitskräfte, Politiker:innen und private Akteur:innen, wie z.B. Unternehmen im Besitz philippinischer Oligarch:innen, missbrauchen systematisch die Justiz, um diejenigen, die sich ihren Interessen in den Weg stellen, mundtot zu machen. Menschenrechtsverteidiger:innen werden oft auf der Grundlage konstruierter Anklagen kriminalisiert, wobei gefälschte Beweise dazu dienen, sie eines angeblichen Verbrechens zu beschuldigen – eine Vorgehensweise, zu der das Militär gern greift. Diese Falschanschuldigungen gehen oftmals einher mit Einschüchterungen und einer Verleumdungskampagne, bei der den Opfern unterstellt wird, Mitglieder der NPA zu sein.

In vielen Fällen wird den Opfern die Beteiligung an einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Militär und NPA zur Last gelegt. Typische Anklagepunkte sind Mord, Brandstiftung oder der illegale Besitz von Schusswaffen und Sprengstoffen. Bei diesen Anklagen

ist eine Freilassung gegen Kautions nur in Ausnahmefällen möglich, was eine Untersuchungshaft bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens bedeutet. Die Verfahren selbst ziehen sich aufgrund überlasteter Gerichte, langsamer Bürokratie und der Korruption innerhalb des Justizsystems in der Regel über Jahre hin. So wurde z.B. Windel Bolinget,<sup>90</sup> Vorsitzender der Cordillera Peoples Alliance (CPA) und Aktivist für Indigenenrechte, 2020 vom Regionalgericht in Tagum City in der Provinz Davao del Norte in Mindanao unrechtmäßig beschuldigt, 2018 am Mord an Garito Malibato, Mitglied einer Indigenenorganisation der Lumad, beteiligt gewesen zu sein. Nach Jahren der Bedrohung und aus Angst vor außergerichtlicher Hinrichtung tauchte Bolinget unter. Im Januar 2021 erließ der Polizeidirektor der Region Cordillera einen Schießbefehl gegen ihn. Obwohl die Anklage am 12. Juli 2021 abgewiesen wurde, halten organisierte Schikanen gegen Bolinget bis heute an und sein Leben ist weiterhin bedroht.

Nach Beobachtungen von Menschenrechtsorganisationen hat die Zahl der Fälle von Kriminalisierung unter der Duterte-Regierung im ganzen Land drastisch

zugenommen. Mit dem Anti-Terrorismus-Gesetz (ATA) trat ein hochgradig problematisches Gesetz in Kraft, das die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen institutionalisiert. Das Gesetz basiert nicht nur auf einer äußerst weit gefassten und vagen Definition von Terrorismus, sondern höhlt auch die Unschuldsvermutung aus. Ein entsprechend des Gesetzes eingerichtetes Gremium aus Vertreter:innen des Senats und der Regierung, Anti-Terrorism Council (ATC) genannt, kann Personen und Organisationen selbst bei Fehlen jeglicher Beweise als „terroristisch“ einstufen. Verdächtige können bis zu 24 Tage ohne Haftbefehl festgehalten und die Bankkonten der als terroristisch erklärten Organisationen eingefroren werden. Ein ordnungsgemäßes Verfahren zur Anfechtung der Anschuldigungen gibt es nicht.<sup>91</sup> Im Juni 2021 klassifizierte der ATC die NDFP gemäß dem Anti-Terrorismus-Gesetz als terroristische Organisation.<sup>92</sup>

Im Jahr 2021 reichten verschiedene Interessengruppen 37 Anträge beim Obersten Gerichtshof der Philippinen ein, um das Gesetz als verfassungswidrig anzufechten.<sup>93</sup> Am 9. Dezember 2021 gab der Oberste Gerichtshof den Antragstellenden in den folgenden zwei Bestimmungen des Gesetzes Recht: Erstens die Befugnis des ATC, Einzelpersonen und Organisationen auf Ersuchen anderer Länder als terroristisch einzustufen, und zweitens die Möglichkeit, abweichende Meinungen als terroristische Handlungen zu definieren, sofern sie darauf abzielen, Schaden oder Gewalt zu verursachen.<sup>94</sup> Den Großteil seiner problematischen Inhalte enthält das Gesetz jedoch weiterhin. Im März 2022 reichte die Mehrheit der ursprünglichen Antragsteller:innen einen neuen gemeinsamen Antrag ein und forderte eine erneute Prüfung des gesamten ATA sowie einiger spezifischer Abschnitte.<sup>95</sup> Am 26. April 2022 lehnte der Oberste Gerichtshof alle Einwände gegen das Gesetz mit abschließender Wirkung ab.<sup>96</sup>

Zwei Männer aus der indigenen Gemeinschaft der Aeta, Japer Garung und Junior Ramos, gehörten zu den ersten Personen, die nach dem ATA als „Terroristen“ eingestuft wurden.<sup>97</sup> Am 21. August 2020 gerieten die 703. Brigade und die 7. Infanteriedivision der Armee auf dem Ahnenland der Aeta in San Marcelino in der Provinz Zambales in ein Feuergefecht mit der NPA. Garung und Ramos, die sich zufällig gerade

vor Ort befanden, versuchten, dem Kugelhagel zu entkommen, als sie wegen des Verdachts, NPA-Mitglieder zu sein, von Militärkräften festgenommen wurden.<sup>98</sup> Im August 2020 wurden die beiden Männer wegen illegalen Waffenbesitzes und des angeblichen Mordes an einem Militärmitglied angeklagt. Garung und Ramos sagten aus, sie seien im Militärgewahrsam unter Folter gezwungen<sup>99</sup> worden, ihre Zugehörigkeit zur NPA zu gestehen. Beide blieben elf Monate in Haft, bis das Regionalgericht in Olongapo City am 15. Juli 2021 den Terrorismusvorwurf aufgrund unzureichender Beweise, widersprüchlicher Aussagen der Militärs und des Nichtvorliegens eines Haftbefehls zurückwies.<sup>100</sup> Die für diese unrechtmäßige Festnahme und Inhaftierung Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Konstruierte Anklagen stellen eine besondere Form der Kriminalisierung dar. Diese konstruierten Tatvorwürfe sollen Menschenrechtsverteidiger:innen diskreditieren und ins Gefängnis bringen. Dafür wird der Mangel an forensischer Expertise ausgenutzt, der Zeug:innenaussagen für die Ermittlungen unerlässlich macht. Die Anklagen beruhen oftmals allein auf den Falschaussagen selbsternannter Ex-Rebell:innen, die behaupten, den:die „Beschuldigte:n“ als Mittäter:in identifizieren zu können. Berichten philippinischer Menschenrechtsorganisationen nach würden Falschaussagen auf Druck des Militärs entstehen. In mehreren Fällen stellte sich im Nachhinein heraus, dass Zeug:innenaussagen auf Informationen basierten, die das Militär selbst während eines Kreuzverhörs geliefert hatte. Oft haben Zeug:innen aber auch Angst, die Wahrheit zu sagen, weil sie um ihre eigene Sicherheit fürchten.

Trotz der fadenscheinigen Beweislage erheben Staatsanwäl:innen Anklage und Richter:innen lassen Verfahren zu, ohne entlastende Beweise zu berücksichtigen. Dies verstößt gegen Artikel 14 der UN-Richtlinien zur Rolle von Staatsanwäl:innen, die „kein Strafverfahren einleiten oder fortsetzen [dürfen] bzw. sich mit allen Kräften um Einstellung bemühen [müssen], wenn eine unparteiische Instanz die mangelnde Begründetheit der Vorwürfe erweist“.<sup>101</sup> Dadurch verstößt die philippinische Regierung auch gegen ihre Pflicht nach Artikel 14 (1) des UN-Zivilpaktes, die Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten.

## CASE: DAN BALUCIO



Dan Balucio, Pastor der United Church of Christ in the Philippines (UCCP) ist ein bekannter Menschenrechtsaktivist, Community Organizer und Koordinator der ökumenischen Katastrophenhilfe Andurong Mayon in der Provinz Albay. Nach den Taifunen Rolly und Ulysses koordinierte Balucio die laufenden humanitären Hilfsmaßnahmen in den betroffenen Gemeinden. Durch sein humanitäres Engagement ist er Teil der zivilgesellschaftlichen Bewegung in den Philippinen, die es der Regierung ermöglicht, nach Naturkatastrophen wie Taifunen humanitäre Hilfe zu leisten. Er setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein und ist ein Kritiker der Regierungen Duterte und Marcos.

Am Morgen des 2. Mai 2021 um 3:30 Uhr verschafften sich ca. 30 Polizei- und Militärangehörige

gewaltsam Zutritt zu Balucios Bungalow an der Shannan Christian Academy im Barangay San Isidro, St. Domingo in der Provinz Albay. Balucio ist der Verwalter der Akademie. Zum Zeitpunkt des Angriffs waren er selbst und seine Frau, ihre beiden Kinder sowie ein weiteres UCCP-Mitglied anwesend. Während der Razzia wurde Balucios Familie aus dem Haus gebracht und musste fast 45 Minuten lang draußen warten. Unterdessen durchwühlten Polizei und Militär ihre Habseligkeiten ohne Anwesenheit unabhängiger Zeug:innen.

Erst als örtliche Beamt:innen eintrafen, wurde Dan Balucio ein Durchsuchungsbeschluss präsentiert. Das Haus wurde weitere 30 Minuten aufs Neue durchsucht. Im Beisein der örtlichen Beamt:innen fanden die staatlichen Sicherheitskräfte nun angeblich Schusswaffen, Munition, eine Handgranate und eine rote Fahne der „bewaffneten Rebell:innen“. Daraufhin wurde Balucio festgenommen. Nach dem ATA stellt bereits die mutmaßliche terroristische Absicht ein Verbrechen dar, wodurch rechtsstaatliche Verfahren zum Schutz Beschuldigter ausgehöhlt werden.

Am 13. August 2021 wies das Regionalgericht in Legazpi City die Anklage gegen Balucio in allen Punkten ab und ordnete seine Haftentlassung an.<sup>102</sup> Der Durchsuchungsbeschluss wurde aufgrund von Ungereimtheiten bei der Polizei für ungültig erklärt. Pastor Dan Balucio fühlt sich weiter bedroht.

# POLITISCHE OPPOSITION

Senatorin Risa Hontiveros und Vizepräsidentschaftskandidat Walden Bello bei einer Demonstration.



Zu Dutertes schärfsten Kritiker:innen zählten Oppositionspolitiker:innen wie Senatorin Leila de Lima und die ehemalige Vizepräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Leni Robredo. Dutertes Regierung hat Oppositionspolitiker:innen für ihre kritischen Äußerungen zu den Tötungen im Rahmen des „Drogenkriegs“ systematisch schikaniert und angegriffen. Während des Präsidentschaftswahlkampfs diffamierten Marcos Jr. und Duterte-Carpio ihre politischen Gegner:innen auf die gleiche Weise. Vor allem Robredo und der ehemalige Vizepräsidentschaftskandidat Walden Bello waren Angriffen seitens ihrer Konkurrent:innen ausgesetzt.

Senatorin de Lima wurde wegen ihrer Kritik an Dutertes Drogenpolitik zur prominentesten Zielscheibe. Bereits in ihrer früheren Funktion als Vorsitzende der Menschenrechtskommission CHR (2008–2010) war sie mit Duterte, damals Bürgermeister von Davao City, in Konflikt geraten. Im Jahr 2012 ordnete de Lima, nun Justizministerin, eine Untersuchung der außergerichtlichen Hinrichtungen vermeintlicher Drogenkonsument:innen durch die sogenannte „Davao Death Squad“ an.<sup>103</sup> Im Februar 2017 wurde sie wegen angeblicher Beteiligung am Drogenhandel unter Anklage gestellt und festgenommen. Seither befindet sie sich in Haft. Ihr Fall erregte international große Aufmerksamkeit, nicht zuletzt, weil ihre unrechtmäßige Inhaftierung als eindeutig politisch motiviert eingestuft wurde und beispielhaft für Dutertes System der Kriminalisierung auf allen Ebenen steht. Im Februar 2021 wurde die Anklage gegen de Lima in einem von drei Fällen fallengelassen.<sup>104</sup> Ein entscheidender Schritt hin zu ihrer Freilassung wurde im April 2022 erzielt, als zwei Hauptzeugen ihre Aussagen zurückzogen.<sup>105</sup> Nachdem der selbsternannte Drogenbaron Kerwin Espinosa seine Anschuldigungen gegen de Lima zurückgenommen hatte und behauptete,

sie nur unter Zwang gemacht zu haben,<sup>106</sup> erklärte Rafael Ragos, ehemals leitender Beamter der Strafvollzugsbehörde, seine Aussage, er habe Geld von Drogenbaronen an de Lima übergeben, sei ebenfalls falsch gewesen. Ragos behauptete zudem, Duterte Ex-Justizminister Vitaliano Aguirre habe ihn zu dieser Falschaussage genötigt.<sup>107</sup>

Nach Dutertes Machtübernahme im Jahr 2016 machte er auch Vizepräsidentin Leni Robredo zur Zielscheibe seiner Attacken. Robredo bezeichnete Dutertes Anti-Drogen-Kampagne als intransparent, „ineffektiv und außer Kontrolle“.<sup>108</sup> Aufs Schärfste kritisierte sie auch seinen Plan, die Todesstrafe wieder einzuführen.<sup>109</sup> Im Juli 2019 erstattete die kriminalpolizeiliche Abteilung der PNP (Criminal Investigation and Detection Group) Strafanzeige wegen Aufwiegelung zum Aufruhr und Verleumdung gegen Robredo und 35 weitere Oppositionelle, einschließlich de Lima, die Duterte und seine Verbündeten angeblich diskreditiert haben sollten.<sup>110</sup> Aufgrund eines Beschlusses vom Februar 2020 ließ das Justizministerium alle Anklagen fallen.<sup>111</sup>

Robredo und ihre Familie wurden zudem Opfer sexueller Online-Belästigung. Im April 2022 wurden auf sozialen Medien gefakte „sexistische Inhalte“ über ihre älteste Tochter Aika Robredo verbreitet.<sup>112</sup> Außerdem wurde Robredo zur Hauptzielscheibe von *red-tagging*, als ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2022 auf wachsenden Zuspruch stieß.<sup>113</sup>

Der ehemalige Vizepräsidentschaftskandidat Walden Bello ist ebenfalls ein scharfer Kritiker von Dutertes „Krieg gegen die Drogen“ und der ungesühnten Menschenrechtsverletzungen unter Diktator Marcos Sr.<sup>114</sup> Im März 2022 wurde Bello von Jefry Tupas, ehemals Leiterin des Informationsbüros von Davao City, der Cyber-Verleumdung bezichtigt, weil er sie angeblich in einem Facebook-Post als „Drogenabhängige und Drogendealerin“<sup>115</sup> bezeichnet habe. Gleichzeitig erklärte ihn der Stadtrat von Davao City wegen seiner öffentlichen Äußerungen, die Stadtregierung sei korrupt und die Stadt sei eine Drehscheibe des Drogenhandels, zur unerwünschten Person.<sup>116</sup> Duterte-Carpio und ihre Regionalpartei Hugpong ng Pagbabago führten die Angriffe gegen Bello weiter, indem sie ihn als „Drogenpolitiker“ bezeichneten und behaupteten, er habe „vorsätzlich“ wichtige Informationen der Drogenbehörde PDEA und der Polizei über Ermittlungen zu illegalen Drogen in Davao City zurückgehalten.<sup>117</sup>

# PRESSEFREIHEIT



Unter Ex-Präsident Duterte wurden sowohl Menschenrechtsverteidiger:innen als auch Journalist:innen häufig wegen Verleumdung angeklagt, wenn sie sich kritisch über die Regierung bzw. die Handlungen von Amtsträger:innen äußerten. Unter den Ländern mit der höchsten Zahl ungeklärter Morde an Journalist:innen rangierten die Philippinen 2021 an siebter Stelle.<sup>118</sup> Seit dem Ende der Marcos-Diktatur verfügten die Philippinen über eine dynamische Medien- und Presselandschaft ohne Einschränkung der freien Berichterstattung durch Zensur. Mit Dutertes Amtsantritt im Jahr 2016 nahmen Angriffe gegen die freie Presse jedoch dramatisch zu. Im Juli 2021 wurde Duterte – neben 36 anderen Regierungschef:innen aus der ganzen Welt – von Reporter ohne Grenzen als „Feind der Pressefreiheit“ aufgelistet.<sup>119</sup>

In den Philippinen stellt Verleumdung eine Straftat gemäß Artikel 353 bis 355 sowie Artikel 358 bis 362 des Strafgesetzbuchs dar.<sup>120</sup> Besonders problematisch ist hier die Definition von Verleumdung, da nach Artikel 354 „jede diffamierende Behauptung als böswillig [gilt], auch wenn sie wahr ist“, <sup>121</sup> wodurch die Beweislast bei den Beschuldigten liegt. Der UN-Menschenrechtsrat (UN Human Rights Council/UNHRC) fand einen Fall aus dem Jahr 2011, bei dem die Kriminalisierung von Verleumdung in den Philippinen einen Verstoß gegen die Verpflichtungen

der Regierung zum Schutz der Meinungsfreiheit gemäß Artikel 19 des UN-Zivilpaktes darstellt.<sup>122</sup> Dennoch verabschiedete der philippinische Kongress im Jahr 2012 ein Gesetz gegen Cyberkriminalität (Cybercrime Prevention Act), das die Strafbarkeit von Verleumdung noch ausweitet: Die Online-Veröffentlichung verleumderischer Aussagen kann mit bis zu 12 Jahren Gefängnis bestraft werden.<sup>123</sup> Da viele Medien Beiträge online veröffentlichen, sind durch dieses Gesetz mehr Journalist:innen strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt.

In den letzten beiden Jahren ist das philippinische Verleumdungsgesetz heftig kritisiert worden und Rufe nach Entkriminalisierung wurden lauter – vor allem angesichts der wachsenden Zahl getöteter Journalist:innen. Die UN-Sonderberichterstatterin zur Förderung und zum Schutz des Rechts auf Freiheit der Meinung und des Ausdrucks, Irene Khan, konstatierte 2021, „das Strafrecht sollte nur in sehr außergewöhnlichen und schwerwiegenden Fällen der Aufstachelung zu Gewalt, Hass und Diskriminierung Anwendung finden“<sup>124</sup> und empfahl, Verleumdung zu entkriminalisieren. Der Oberste Gerichtshof der Philippinen folgte dieser Forderung und erkannte an, dass Verleumdung zivilrechtlich verfolgt werden sollte, da eine Freiheitsstrafe nicht angemessen sei.<sup>125</sup>

*Demonstration gegen die Repression der Pressefreiheit.*

Ein Beispiel für die Angriffe auf die Pressefreiheit ist die anhaltende strafrechtliche Verfolgung von Maria Ressa, Mitbegründerin der Online-Nachrichtenplattform Rappler. Ressa enthüllte Beweise für Dutertes Online-Armee bezahlter Trolle, die 2016 in den sozialen Medien Fake News verbreiteten.<sup>126</sup> Das machte sie zur speziellen Zielscheibe der Regierung. Ressa und Rappler wurden der Online-Verleumdung, des Betrugs und der Steuerhinterziehung bezichtigt. Aufgrund eines Regierungsbeschlusses vom Juni 2022 sollte Rappler wegen Verstößen gegen die Regeln für ausländisches Eigentum abgeschaltet werden.<sup>127</sup> Zuvor, im März 2022, waren 21 der 50 Verfahren wegen Cyber-Verleumdung, die sich die Nachrichtenplattform mit ihrer regierungskritischen Berichterstattung eingehandelt hatte, abgewiesen worden.<sup>128</sup> Im Mai 2021 wurde Maria Ressa von der UNESCO mit dem Guillermo-Cano-Preis für Pressefreiheit<sup>129</sup> ausgezeichnet und im Oktober 2021 mit dem Friedensnobelpreis<sup>130</sup> für ihre Arbeit gegen Desinformation und für die Presse- und Meinungsfreiheit gewürdigt.

Der Präsidentschaftswahlkampf 2022 belegte aufs Neue, wie schlecht es um die Meinungsfreiheit im Land steht. Einschränkungen der Berichterstattung mit Angriffen gegen unabhängige Medien und einzelne Journalist:innen nahmen signifikant zu. Beispielsweise verweigerte die Polizei zwei Reportern ohne Angabe von Gründen den Zutritt zu Wahlveranstaltungen von Ferdinand Marcos Jr. in Ilocos Sur.<sup>131</sup>

Außerdem stieg über mehrere Monate hinweg die Zahl der DDoS-Angriffe (Distributed Denial-of-Service) gegen eine Reihe von Online-Nachrichtenseiten. DDoS-Angriffe können den Zugang zu Internetseiten vorübergehend blockieren oder die Veröffentlichung von Nachrichteninhalten verhindern. Technische Maßnahmen zur Abwehr derartiger Angriffe sind in den Philippinen sehr kostspielig. Die DDoS-Angriffe richteten sich unter anderem gegen die Medienunternehmen Rappler, Verafiles und ABS-CBN, die alternativen Medien Bulatlat und Altermidya sowie gegen die Internetseite der Menschenrechtsgruppe Karapatan.<sup>132</sup>

## FALL: JESUS MALABANAN

Der Journalist Jesus Malabanan war langjähriger Korrespondent der britischen Nachrichtenagentur Reuters. Er schrieb auch für philippinische Nachrichten (Manila Times, Manila Standard und Radyo Bandera). Malabanan war an der Reuters-Berichterstattung zu Dutertes „Krieg gegen die Drogen“ beteiligt, die 2018 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde. Seine Recherchen deckten auf, dass China einer der wichtigsten Ausgangspunkte für die Einfuhr illegaler Drogen in die Philippinen war. Nach Veröffentlichung dieser Recherchen erhielt Malabanan nach Angaben seines früheren Kollegen Manny Mogato Todesdrohungen. Daraufhin tauchte er mithilfe von Reuters für mehrere Monate unter. Am 8. Dezember 2021 wurde Malabanan erschossen, als er im Ladengeschäft seiner Familie in Calbayog City in der Provinz Samar Fernsehen schaute.<sup>133</sup>

Sowohl die Polizei als auch die Mediensicherheits-Taskforce des Präsidenten (Presidential Task Force on Media Security/PTFoMS) leiteten Ermittlungen ein. Sie gingen davon aus, der Mord habe mit Malabanans Arbeit zu Landkonflikten zu tun. Die philippinische Menschenrechtskommission CHR verurteilte den Mord an Malabanan und leitete am 9. Dezember 2021 eine eigene Untersuchung des Falls ein.<sup>134</sup> Bisher wurden noch keine Ergebnisse veröffentlicht. Malabanan war der 22. von insgesamt 24 Journalist:innen, die während der Regierungszeit Dutertes ermordet wurden, was unterstreicht, wie sehr Gewalt gegen Journalist:innen in dieser Zeit überhandgenommen hat.

# INDIGENENRECHTE

Bei ihrem Kampf um Rechte auf ihr Ahnenland werden die Indigenen der Philippinen oftmals zur Zielscheibe von *red-tagging* und anderen Angriffen bis hin zu Mord. Im Konflikt zwischen Regierung und NPA geraten Indigene häufig zwischen die Fronten. In manchen Fällen haben sowohl die philippinischen Streitkräfte als auch die NPA gezielt Indigene rekrutiert, die so in den Konflikt hineingezogen wurden. Das Argument des Militärs war, die Rekrutierung der Lumad diene z.B. der „Chancengleichheit für Minderheitengruppen“<sup>135</sup> bei der militärischen Aufstandsbekämpfung. Diese Praxis ist Teil des nationalen Programms der Streitkräfte, soll indigene Gruppen aber auch davon abhalten, sich der NPA anzuschließen.<sup>136</sup>

Wiederholt bezichtigte Präsident Duterte die unabhängigen Schulen der Lumad, Ausbildungslager der NPA zu sein. Lumad-Lehrer:innen, Schüler:innen und Schulverwaltungspersonal waren daher oft verstärkten Schikanen und Drohungen ausgesetzt. Für die indigenen Gemeinschaften sind diese Schulen von großer Bedeutung, da sie sonst oftmals keinen Zugang zu angemessener Bildung haben. Zudem werden indigene Geschichte und Traditionen an öffentlichen Schulen nicht vermittelt.

Nach Angaben der Kinderrechtsorganisation Save Our Schools wurden 162 Lumad-Schulen von der Regierung geschlossen. Davon waren zwischen Juli 2016 und Dezember 2019 insgesamt 4.792 Schüler:innen betroffen. Bis 2021 hatten fast alle der 215 Lumad-Schulen den Betrieb eingestellt.<sup>137</sup> Ein weiterer Vorfall, der als „Bakwit School 7“ Zwischenfall bekannt wurde, ereignete sich im Februar 2021, als die Polizei mindestens 19 Manobo-Schüler:innen mitsamt ihren Lehrer:innen gewaltsam vom Campus der Universität von San Carlos-Talamban in der Provinz Davao del Norte entfernte.<sup>138</sup> Die Polizei behauptete, sie habe die Schüler:innen „gerettet“. Die Lehrkräfte, die versucht hatten, die Schüler:innen zu beschützen und vor der Polizei zu verstecken, wurden der Entführung und Kindesmisshandlung beschuldigt. Sie blieben drei Monate in Haft, dann wurden alle Anklagen abgewiesen.<sup>139</sup> Am 24. Februar 2022 wurde Chad Booc, einer der im Zuge des „Bakwit School 7“ Zwischenfalls festgenommenen Lehrer, zusammen mit vier anderen bei einem mutmaßlichen Zusammenstoß zwischen Armee und NPA erschos-



sen.<sup>140</sup> Die kommunistische Partei bestritt, dass es sich bei diesen fünf Personen um Mitglieder der NPA gehandelt habe.<sup>141</sup> Booc war seit langem Opfer von *red-tagging*. Sein Anwalt Tony La Viña bezeichnet die Ermordung seines Klienten als „tödliche“ Konsequenz dieser Praxis.<sup>142</sup>

*Ahnengebiet der indigenen Gemeinschaft der Tumandok in Tapaz, Capiz Provinz.*

Wirtschaftliche Interessen an Rohstoffvorkommen in den Ahnengebieten Indigener führen häufig zu Menschenrechtsverletzungen, Landraub und Landkonflikten. Schätzungen zufolge finden rund 60 Prozent der Bergbauaktivitäten der Philippinen in indigenen Territorien statt.<sup>143</sup> Die Philippinen haben der UN-Deklaration der Indigenenrechte (United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples/UNDRIP)<sup>144</sup> zugestimmt, nicht aber das Übereinkommen über Indigene der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization Convention 169/ILO)<sup>145</sup> ratifiziert. Das Bergbaugesetz von 1995 gewährt Bergbauunternehmen weiterhin umfassende Rechte auf Holzeinschlag und kostenfreie Wassernutzung.<sup>146</sup> Infolgedessen werden indigene Gemeinschaften häufig ihrer Rechte auf Wasser, Nahrung und den Zugang zum Wald beraubt, welche im UN-Sozialpakt (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights/ICESCR) verankert sind.<sup>147</sup>

In den Philippinen sind die Indigenenrechte im Indigenous Peoples' Rights Act (IPRA) von 1997 festgelegt, der ihnen die Rechte an ihrem Ahnenland (ancestral

domains) zubilligt.<sup>148</sup> Jedes Bau- bzw. Abbauprojekt erfordert die vorherige Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinschaft, die ohne Druck von außen und auf Grundlage ausreichender Informationen erfolgen muss (Free, Prior and Informed Consent/FPIC). Diese Vorgabe wird jedoch häufig von einflussreichen Unternehmen und politischen Akteur:innen, die Bergbau- bzw. landwirtschaftliche Projekte genehmigt sehen wollen, unterlaufen und missachtet, wodurch alle Bemühungen um gerechtere Landverteilung untergraben werden. Landraub durch Unternehmen führt zur

Vertreibung indigener Gemeinschaften und dazu, dass Verteidiger:innen indigener Rechte eingeschüchtert und bedroht werden. Ein Bericht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte aus dem Jahr 2020 betont, dass „zahlreiche umstrittene Großprojekte, denen indigene Gemeinschaften nicht zugestimmt haben, weiterhin anhängig sind, darunter das Kaliwa-Staudammprojekt“<sup>149</sup> in der Provinz Quezon. Das Tumandok-Massaker von 2020, bei dem neun Verteidiger:innen indigener Rechte getötet wurden, ist eines der jüngsten Beispiele für Gewalt gegen Indigene (s.u. Tumandok-Massaker).

## FALL: TUMANDOK-MASSAKER



*Eliseo Gayas Jr. am Jalaur Fluss.*

Am Morgen des 30. Dezember 2020 um 4:00 Uhr drangen Sicherheitskräfte in den Kommunen Tapaz in der Provinz Capiz und Calinog in der Provinz Iloilo in die Häuser führender Persönlichkeiten der auf Panay beheimateten indigenen Gemeinschaft der Tumandok ein. Im Zuge dieser gemeinsamen Operation von Polizei und Militär wurden neun indigene Anführer:innen vor den Augen ihrer Familien erschossen, 16 weitere wurden festgenommen. Bei den Toten handelte es sich um Roy Giganto, Reynaldo Katipunan, Galson Catamin, Eliseo Gayas Jr., Maurito Diaz, Artilito Katipunan, Mario Aguirre, Jomar Vidal und Rolando Diaz. Die Polizei rechtfertigte die Erschießungen mit der Erklärung, die Opfer hätten sich der Vollstreckung der Durchsuchungs- und Haftbefehle widersetzt.<sup>150</sup>

Der Menschenrechtsanwält:innenverband NUPL-Panay verurteilte das Massaker und betonte, dass „weder ein Durchsuchungs- noch ein Haftbefehl ein Freibrief für Mord“ sei.<sup>151</sup> Die Durchsuchungs-

beschlüsse waren wegen des Verdachts auf Waffen- und Sprengstoffbesitz ausgestellt worden. Die Familien der festgenommenen Tumandok beteuerten, dass die in ihren Häusern gefundenen Schusswaffen von den Sicherheitskräften selbst dort deponiert und ihre Angehörigen gefoltert worden seien.<sup>152</sup> Die Festgenommenen wurden später der NPA-Mitgliedschaft und des illegalen Waffen- und Sprengstoffbesitzes beschuldigt.

Die getöteten Anführer:innen waren bekannte Aktivist:innen. Sie kämpften gegen Militarisierung, Landraub und den Bau des Jalaur-Staudamms zwischen Tapaz und Calinog, da dieser eine erhebliche Bedrohung für die Lebensgrundlagen der Tumandok darstellte. Den Festnahmen und Tötungen der Aktivist:innen war gezieltes *red-tagging* durch das Militär vorangegangen. Nur wenige Wochen vor dem Massaker hatten Tumandok aus den Dörfern Tacayan und Lahug die nationale Menschenrechtskommission CHR um Beistand gebeten, nachdem einige Dorfbewohner:innen vom Militär bedroht und gezwungen worden waren, sich als angebliche Mitglieder der NPA zu ergeben. Bis zum 30. Dezember 2021 waren 15 der 16 inhaftierten Tumandok nach Aufhebung der Durchsuchungsbeschlüsse wieder freigelassen worden.<sup>153</sup>

Der Großeinsatz beim Tumandok-Massaker erinnert nicht nur stark an die Ära Marcos Sr., sondern auch an zwei weitere großangelegte Aktionen der staatlichen Sicherheitskräfte im Dezember 2018 und März 2019 auf der Insel Negros, bei denen insgesamt 20 Menschen getötet und mehr als 43 festgenommen wurden.<sup>154</sup>

# STRAFLOSIGKEIT UND KOOPE- RATION MIT DEM INTERNATIO- NALEN MENSCHENRECHTSSYSTEM

Dutertes Kampagne gegen die Drogen hat eine „Kultur der Straflosigkeit“<sup>155</sup> befördert, da seine Regierung die Menschenrechte in den Philippinen weder respektiert, geschützt, noch durchgesetzt hat. Auf dem globalen Straflosigkeitsindex rangierte das Land im Oktober 2021 an siebter Stelle.<sup>156</sup> Begünstigt wurde die im Land weit verbreitete Straflosigkeit nicht allein durch das Fehlen gründlicher Ermittlungen, sondern auch durch Dutertes Gewaltretorik und das vorherrschende Klima der Angst, das die Mechanismen zur Ahndung der Taten lahmgelegt hat. Die Identitäten der Täter:innen waren schwer nachzuweisen, weil Zeug:innen zum Schweigen gebracht wurden oder aus Angst um ihre eigene Sicherheit nicht ausgesagt haben. In vielen Fällen wurden Morde von Auftragsmörder:innen ausgeführt, was es schwieriger macht, die Taten mit den staatlichen Sicherheitskräften in Verbindung zu bringen. In den Tausenden Fällen von außergerichtlichen Hinrichtungen und Verschwindenlassen im „Krieg gegen die Drogen“ wurde seit November 2018 keine:r der Täter:innen verurteilt.

Im Laufe der Jahre hat die philippinische Regierung eine Vielzahl von Organen und Mechanismen zur Untersuchung und Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen ins Leben gerufen. Dazu gehören u.a. spezielle Ermittlungseinheiten wie z.B. die Polizei-Taskforce USIG, Menschenrechtsreferate bei Polizei und Armee, das ressortübergreifende Inter-Agency Committee on Extra-Legal Killings (auch bekannt als Administrative Order 35) sowie die Verpflichtung zur Untersuchung außergerichtlicher Hinrichtungen im Rahmen des Gemeinsamen UN-Programms (UN Joint Programme/UNJP). Unter Präsident Duterte wurde eigens eine Taskforce PTFoMS für Mediensicherheit eingerichtet, um die Morde an Journalist:innen aufzuklären und die Täter:innen vor Gericht zu bringen. Die Regierung bewertete die Arbeit der Taskforce PTFoMS als äußerst erfolgreich, sie habe die Untersuchung und Aufklärung von Journalist:innenmorden seit 2016 beschleunigt und ein sichereres Umfeld für Journalist:innen geschaffen.<sup>157</sup> Dies steht im Widerspruch zur deutlich verschärften Unterdrückung der freien Presse und den Angriffen gegen Medien seit Beginn der Duterte-Regierung.<sup>158</sup>



Trotz mangelnder politischer und finanzieller Unabhängigkeit und fehlender Strafverfolgungsbefugnis war die staatliche Menschenrechtskommission CHR einer der wenigen Menschenrechtsmechanismen auf nationaler Ebene, der sich Dutertes Politik konsequent entgegengestellt hat. Die Kommission sah sich zahlreichen Angriffen Dutertes und seiner Anhänger:innenschaft ausgesetzt. Im Jahr 2017 stimmte das Repräsentant:innenhaus zunächst dafür, das Budget der CHR auf lediglich 1.000 Pesos (17 Euro) zusammenzuziehen;<sup>159</sup> der Kongress bewilligte später ein Budget von 695,5 Mio. Pesos (11,9 Mio Euro).<sup>160</sup>

In ihrem Bericht vom April 2022 kam die CHR zu dem Schluss, dass die Polizeikräfte bei Drogeneinsätzen eine „Tötungsabsicht“ an den Tag gelegt und „exzessive Gewalt“ angewendet hätten.<sup>161</sup> Der Kommission zufolge wiesen von 235 Opfern 201 Schusswunden am Kopf und/oder Torso auf.<sup>162</sup> Der Bericht stellte auch fest, dass die Behörden in ihren Darstellungen in der Regel auf das als nanlaban („sich wehren“) bekannte Narrativ zurückgriffen, wonach die Opfer mit der Schusswaffe

*Demonstration gegen die Rückkehr der Marcos-Familie in den Präsidentenpalast.*

Widerstand gegen die Sicherheitskräfte geleistet bzw. diese angegriffen hätten. Hierzu wurde konstatiert, dass die an Einsätzen beteiligten Polizeikräfte nur in 31 von 882 Fällen selbst Verletzungen davontrugen.<sup>163</sup> Darüber hinaus habe die Polizei der CHR wiederholt den Zugang zu Polizeiberichten verweigert, was aufs Neue unterstreicht, dass es bei behördeninternen Vorgängen an Transparenz und Objektivität mangelt. Im Mai 2022 wies die Duterte-Regierung den Kommissionsbericht entschieden zurück, bezeichnete ihn als ein „Wiederaufwärmen alter Geschichten“<sup>164</sup> und betonte überdies, dass die Duterte-Regierung den Philippinen Sicherheit gebracht habe.<sup>165</sup>

Unter ihrem früheren und mittlerweile verstorbenen Vorsitzenden Chito Gascon (2015–2021) stand die CHR Dutertes „Krieg gegen die Drogen“ besonders kritisch gegenüber. Gascon, ein engagierter Menschenrechtsanwalt, warf der Regierung wiederholt vor, keine Verantwortung für begangene Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen.<sup>166</sup> Im Gegenzug griffen Dutertes Regierung und seine Anhänger:innenschaft Gascon und die CHR mit dem Vorwurf an, sie stellten sich immer wieder auf die Seite der Opfer des „Drogenkriegs“.<sup>167</sup>

## FALL: BENJAMIN BAYLES

Am 31. März 2022 verurteilte ein Regionalgericht in Bacolod City zwei Offiziere des Militärgeheimdienstes wegen des Mordes an dem Aktivist Benjamin Bayles<sup>168</sup> – zwölf Jahre nachdem dieser umgebracht worden war. Bayles war Koordinator der Parteiliste Bayan Muna und Mitglied der unabhängigen Kirche Iglesia Filipina Independiente (IFI). Am 14. Juni 2010 erschossen ihn die beiden Männer in Himamaylan City in der Provinz Negros Occidental am helllichten Tag von einem Motorrad aus.<sup>169</sup>

Bayles hatte seit Mai 2010 unter militärischer Überwachung gestanden. Als Mitglied der Bewegung „September 21“ (die Teil der Menschenrechtsorganisation Karapatan ist), setzte sich Bayles für die Rechte von Bäuer:innen und Landarbeiter:innen im Hochland von Negros ein. Zudem half er den Angehörigen der Opfer von Menschenrechtsverletzungen seitens der Polizei und des Militärs, Rechtsbeistand zu finden. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung engagierte sich Bayles gegen Bergbauprojekte und für die Rechte von Kleinbäuer:innen.

Der Menschenrechtsanwält:innenverband NUPL, der Bayles vertrat, informierte die Öffentlichkeit am 18. April 2022 über die Entscheidung des Gerichts: Rafael Cordova und Reygine Laus wurden beide zu „reclusión perpetua“ verurteilt, d.h. zu jeweils 40 Jahren Haft. Darüber hinaus müssen sie Entschädigungszahlungen an Bayles' Familie leisten. Nachdem das Verfahren 2019 auf Betreiben des Justizministeriums von Himamaylan City nach Bacolod City verlegt worden war, konnten die beiden Männer aufgrund der Aussagen mehrerer Augenzeug:innen sowie belastender Indizien verurteilt werden. Bayles war auch Klient des 2018 ermordeten Menschenrechtsanwalts Benjamin Ramos. Dass in Bayles' Fall die Mörder zur Rechenschaft gezogen wurden, war das Ergebnis der unablässigen Bemühungen seiner Anwält:innen und ist ein Beispiel für den langwierigen Kampf gegen Strafflosigkeit im Land.

## KOOPERATION MIT INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSMECHANISMEN

Mit dem Rückzug der Philippinen aus dem IStGH am 17. März 2019<sup>170</sup> hat die Duterte-Regierung gezeigt, dass sie nicht bereit ist, mit internationalen Menschenrechtsmechanismen zusammenzuarbeiten, um gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen im Land vorzugehen. Der IStGH hat allerdings das Mandat, alle Verbrechen, die vor dem Rückzug begangen wurden, strafrechtlich weiter zu verfolgen. Am 15. September 2021 kündigte die Chefanklägerin beim IStGH eine unabhängige Untersuchung mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Philippinen gemäß Artikel 15 (3) des Römischen Statuts an.<sup>171</sup> Dutertes umgehende Reaktion darauf war, dass er erklärte, er werde den Ankläger:innen die Einreise ins Land verweigern.<sup>172</sup>

Einer Resolution des UN-Menschenrechtsrats vom Oktober 2020 folgend riefen die philippinische Regierung und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte im Juli 2021 das UNJP ins Leben.<sup>173</sup> Das UNJP soll die philippinische Regierung dabei unterstützen, Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen im Zuge von Polizeieinsätzen in geeigneter Form zu untersuchen. Menschenrechtsgruppen haben das Programm als unzureichende Antwort auf die katastrophale Menschenrechtssituation in den Philippinen kritisiert: Statt um Rechenschaft für die systematischen Menschenrechtsverletzungen, die eventuell sogar Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnten, geht es bei dem Programm um die technische Unterstützung genau jener Institutionen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind.

Dies zeigt sich an den erklärten Zielen des Programms, in denen lediglich von einer „signifikanten Reduktion der Fälle von [...] Tötung, Entführung, Verschwindenlassen, willkürlicher Inhaftierung und Folter von Journalist:innen und anderen Medienschaffenden, Gewerkschafter:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen“<sup>174</sup> die Rede ist, statt das sofortige und vollständige Ende solcher schwerer Menschenrechtsverletzungen zu fordern. Gegenüber einer (von der Polizei selbst zu definierenden) Ausgangszahl von 2020 soll die „Zahl der Todesfälle infolge von Polizeieinsätzen“<sup>175</sup> bis Juni 2022 um

10 Prozent, bis Juni 2023 um 20 Prozent und bis Juni 2024 um 30 Prozent reduziert werden.<sup>176</sup> Da es hinsichtlich der Anzahl der im Rahmen des „Drogenkriegs“ begangenen Tötungen massive Diskrepanzen zwischen den regierungsoffiziellen und unabhängigen Statistiken gibt, sind diese Indikatoren unter Menschenrechtsvertreter:innen hochgradig umstritten. Sie befürchten zudem, dass die Regierung das UNJP dazu nutzt, der internationalen Gemeinschaft ihre scheinbare „Bereitschaft“ zur Untersuchung ihrer eigenen Menschenrechtsverletzungen zu demonstrieren, um so unabhängige Ermittlungen wie die des IStGH zu verhindern.

Am 17. Februar 2022 beschloss das EU-Parlament die fünfte Dringlichkeitsresolution zu den Philippinen während Präsident Dutertes Amtszeit.<sup>177</sup> In Anerkennung der dramatischen Verschlechterung der Menschenrechtssituation in den Philippinen unter Duterte fordert die Resolution die philippinische Regierung auf, der Gewalt ein Ende zu setzen und, ganz explizit, den „Krieg gegen die Drogen“ zu beenden.<sup>178</sup> Darüber hinaus führt die Resolution Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen im Detail auf und benennt Zahlen, Daten und Namen, darunter die Fälle Zara Alvarez (S. 21), Jory Porquia und Elena Tijamo (S. 22).<sup>179</sup>

# EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG

## „KRIEG GEGEN DIE DROGEN“

- » Die Anti-Drogen-Kampagne der philippinischen Regierung muss sofort beendet und durch eine menschenrechtsbasierte Drogenpolitik ersetzt werden.
- » Alle Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen im Zusammenhang mit Drogen müssen sofort und unparteiisch untersucht werden, dies gilt auch für Tötungen bei verdeckten Polizeieinsätzen und durch Bürger:innenwehren. Zu diesem Zweck muss eine unabhängige Kommission eingerichtet und gewährleistet werden, dass diese unabhängig von der Philippine National Police (PNP), der Philippine Drug Enforcement Agency (PDEA) und vom Präsidentenbüro arbeitet und vollständig mit internationalen Untersuchungsmechanismen kooperiert.
- » Mit den unabhängigen Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und internationalen Menschenrechtsmechanismen muss vollumfänglich kooperiert werden.

## SCHUTZ VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN

- » Jegliche Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt gegenüber Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen, Kirchenmitarbeiter:innen und Indigenen durch staatliche Sicherheitsorgane, Behördenmitarbeiter:innen und Regierungsbeamten:innen muss unverzüglich beendet werden.
- » Alle Fälle getöteter Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen müssen unverzüglich und unparteiisch untersucht und die Tatverantwortlichen vor Gericht gestellt werden.
- » Es müssen alle erforderlichen Schritte eingeleitet werden, um Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen vor Belästigung, Gewalt und Ermordung zu schützen.
- » Die PNP und die Armed Forces of the Philippines (AFP) sind anzuweisen, konstruierte Tatvorwürfe gegen bzw. stigmatisierende Äußerungen über Menschenrechtsverteidiger:innen zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für das Unterstellen einer Zugehörigkeit zur New People's Army (NPA).

- » Die National Task Force to End Local Communist Armed Conflict (NTF-ELCAC) ist anzuweisen, alle Formen der Belästigung und Verunglimpfung von Aktivist:innen, Zivilpersonen und Menschenrechtsverteidiger:innen zu unterlassen.
- » Es muss sichergestellt werden, dass Staatsanwält:innen und Richter:innen im Falle offenkundig konstruierter Anklagen keine Verfahren gegen Menschenrechtsverteidiger:innen eröffnen.
- » Der Human Rights Defenders Act muss verabschiedet werden, um den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen zu gewährleisten.

## PRESSEFREIHEIT

- » Alle Gesetze, die Verleumdung als Straftat definieren, müssen aufgehoben werden, insbesondere Artikel 353 bis 355 und 358 bis 362 des Revised Penal Code sowie Section 4 (c)(4) des Cybercrime Prevention Act, um die Presse- und Meinungsfreiheit zu schützen und die Kooperation mit unabhängigen Medien zu stärken.
- » Alle Anklagen gegen Maria Ressa, Rappler und die dort tätigen Journalist:innen müssen unverzüglich fallengelassen werden.

## STRAFLOSIGKEIT

- » Es muss eine grundlegende Reform des Justizsystems eingeleitet werden, sodass Gerichtsverfahren in Fällen gravierender Menschenrechtsverletzungen beschleunigt und die Täter:innen zur Rechenschaft gezogen werden.
- » Die Straflosigkeit bei außergerichtlichen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter ist durch eine gründliche Aufklärung aller entsprechenden Fälle zu beenden, insbesondere dann, wenn die Täter:innen den Sicherheitskräften angehören.
- » Das Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Act/ATA) muss abgeändert werden, um die philippinische Anti-Terrorismus-Gesetzgebung mit internationalen Menschenrechtsstandards in Einklang zu bringen.
- » Die International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearances muss ratifiziert werden.

- » Budget und Funktionsfähigkeit des Zeug:innen-schutzprogramms müssen erweitert werden, um den zuverlässigen Schutz von Zeug:innen vor, während und nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren sicherzustellen.
- » Die Unabhängigkeit von Richter:innen und Staatsanwält:innen muss gewährleistet sein.
- » Alle Versuche, die Arbeit der nationalen Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights/CHR) zu behindern und zu diskreditieren, müssen unverzüglich eingestellt werden. Für die Arbeit der Kommission muss ein angemessenes Budget zur Verfügung gestellt werden.
- » Die abgebrochenen Friedensverhandlungen mit der National Democratic Front of the Philippines (NDFP) müssen wieder aufgenommen werden.
- » Der Friedens- und Entwicklungsprozess in der Bangsamoro Autonomous Region in Muslim Mindanao muss fortgesetzt werden.
- » Mit den Ermittlungen des IStGH ist vollumfänglich zu kooperieren.
- » Allen themenbezogenen Sonderberichterstatte:r:innen und Arbeitsgruppen des UN-Menschenrechtsrats (UN Human Rights Council/UNHRC), insbesondere den Sonderberichterstatte:r:innen zur Lage von Menschenrechtsverteidiger:innen und zu außergerichtlichen Hinrichtungen sowie der Arbeitsgruppe gegen gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen, ist vollumfängliche Kooperation zuzusichern und eine dauerhafte Einladung auszusprechen.

## INDIGENENRECHTE

- » Es müssen gründliche und unabhängige Untersuchungen in allen Fällen getöteter Indigener eingeleitet werden, in die das Militär, paramilitärische Organisationen, Bergbau- und andere Infrastrukturentwicklungsunternehmen verwickelt sind. Es müssen alle erforderlichen Schritte unternommen werden, um indigene Gegner:innen von Bergbau- und anderen Infrastrukturprojekten vor Drangsalierung und Gewalt zu schützen.
- » Es muss sichergestellt werden, dass die freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent/FPIC) indigener Gemeinschaften eingeholt wird, bevor Lizenzen für Bergbau- und andere Infrastrukturprojekte auf deren Ahnenland erteilt werden.
- » Alle Fälle von Übergriffen auf indigene Schulen sowie deren Lehrkräfte und Schüler:innen müssen untersucht und die Täter:innen vor Gericht gestellt werden.
- » Die Indigenous and Tribal Peoples Convention (International Labour Organization Convention 169/ILO) muss ratifiziert werden.

## KOOPERATION MIT INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSMECHANISMEN

- » Es muss gewährleistet werden, dass alle internationalen Menschenrechtsmechanismen zur Untersuchung und Beobachtung uneingeschränkt Zugang ins Land erhalten, einschließlich der Vertreter:innen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (UN Office of the High Commissioner for Human Rights/OHCHR) und des IStGH.

## EMPFEHLUNGEN AN DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE MITGLIEDSSTAATEN

- » Es muss ernsthaft erwogen werden, das Allgemeine Präferenzsystem (Generalized Scheme of Preferences/GSP+) zu nutzen, um gegenüber den Philippinen die dortige Menschenrechtslage zu thematisieren.

## EMPFEHLUNGEN AN ANDERE INTERNATIONALE AKTEUR:INNEN

- » Die philippinische Regierung muss nachdrücklich aufgefordert werden, mit allen internationalen Menschenrechtsmechanismen zu kooperieren, insbesondere mit dem UNHRC und dem IStGH.
- » Die Einrichtung eines internationalen Mechanismus zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen durch den UNHRC muss unterstützt werden.
- » Bi- und multilaterale Menschenrechtsdialoge müssen konsequent genutzt werden, um die philippinische Regierung zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards anzuhalten.
- » Durch Prozessbeobachtung von Gerichtsverfahren in Fällen der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen muss die Einhaltung prozessualer Mindeststandards überprüft und deren Befolgung gegebenenfalls angemahnt werden.

# ENDNOTEN

- 1 ABS-CBN, „CHR chief: Drug war deaths could be as high as 27,000“, 5. Dezember 2018, [bit.ly/3zlxNLY](https://bit.ly/3zlxNLY).
- 2 Philippine News Agency, „Give drug war report to human rights groups, Duterte tells PDEA“, 30. März 2022, [bit.ly/3IDLRTZ](https://bit.ly/3IDLRTZ).
- 3 Republic Act No. 11479, „An Act to Prevent, Prohibit and Penalize Terrorism, Thereby Repealing Republic Act No. 9372, Otherwise Known as the ‚Human Security Act of 2007‘“, 3. Juli 2020, [bit.ly/3Pza1q](https://bit.ly/3Pza1q).
- 4 Philstar, „I don't care about human rights', Duterte says, urging police to ‚shoot first‘“, 3. Dezember 2020, [bit.ly/3PnOrQV](https://bit.ly/3PnOrQV).
- 5 Al Jazeera, „Food pantries for hungry Filipinos get tagged as communist“, 24. April 2021, [bit.ly/3IDyJrk](https://bit.ly/3IDyJrk).
- 6 Global Witness, „Defending Tomorrow“, 29. Juli 2020, [bit.ly/3nZGoxo](https://bit.ly/3nZGoxo).
- 7 CPJ, „Killers of journalists still get away with murder“, 28. Oktober 2021, [bit.ly/3uQt5ml](https://bit.ly/3uQt5ml).
- 8 Al Jazeera, „Philippines officially out of the International Criminal Court“, 17. März 2019, [bit.ly/3UE9Rfi](https://bit.ly/3UE9Rfi).
- 9 Social Weather Survey, „Fourth Quarter 2021 Social Weather Survey: Pres. Duterte's net rating rises 8 points to ‚very good‘ +60“, 8. Februar 2022, [bit.ly/3nZGMMm](https://bit.ly/3nZGMMm).
- 10 Philippines News Agency, „Marcos, Duterte proclaimed winners in PH's fastest vote count“, 25. Mai 2022, [bit.ly/3aKiC5o](https://bit.ly/3aKiC5o). Republic of the Philippines, House of Representatives, „Joint Session of Congress (Presidential and Vice-Presidential Canvass 2022), Part 3“, 25. Mai 2022, [bit.ly/3nZoAmf](https://bit.ly/3nZoAmf).
- 11 Tsek.ph, „Filipinos fall for fake history“, 30. März 2022, [bit.ly/3BjHnAb](https://bit.ly/3BjHnAb).
- 12 Amnesty International, „Report of an Amnesty International Mission to the Republic of the Philippines 22 November – 5 December 1975“, September 1976, [bit.ly/3uN6A26](https://bit.ly/3uN6A26).
- 13 Human Rights Victims Reparation and Recognition Act von 2013 (Republic Act 10368), „Joint resolution extending the period for filing of claims for reparation of human rights violation victims“, [bit.ly/3z1j1oO](https://bit.ly/3z1j1oO).
- 14 Republic of the Philippines, Commission on Human Rights, „Statement of the Commission on Human Rights on the End of Operations of the Human Rights Victims' Claim Board“, 18. Mai 2018, [bit.ly/3ALoTIQ](https://bit.ly/3ALoTIQ).
- 15 The Guardian, „Philippine dictator Ferdinand Marcos given controversial hero's burial“, 18. November 2016, [bit.ly/3RAxTXo](https://bit.ly/3RAxTXo).
- 16 New York Times, „In the Philippines, a Flourishing Ecosystem for Political Lies“, 6. Mai 2022, [nyti.ms/3nZHpfI](https://nyti.ms/3nZHpfI).
- 17 Rappler, „Marcos Jr. benefited from Facebook – study“, 10. Mai 2022, [bit.ly/3RrUvju](https://bit.ly/3RrUvju).
- 18 Columbia Journalism Review, „TikTok and the son of Ferdinand Marcos take the Philippines back to the future“, 10. Mai 2022, [bit.ly/3RvRQ1p](https://bit.ly/3RvRQ1p).
- 19 GMA News, „Tsek.ph: 92% of false info favorable to Marcos, 96% of disinformation vs Robredo negative“, 7. Mai 2022, [bit.ly/3ATatGz](https://bit.ly/3ATatGz).
- 20 Washington Post, „How Another Marcos Could Win Power in the Philippines“, 21. April 2022, [wapo.st/3nZHZ6m](https://wapo.st/3nZHZ6m).
- 21 The Diplomat, „Son of Philippine Dictator Marcos Announces Presidential Campaign“, 6. Oktober 2021, [bit.ly/3Stj34a](https://bit.ly/3Stj34a).
- 22 AP, „Philippine vote: Volunteers back reformer vs. dictator's son“, 2. Mai 2022, [bit.ly/3CSZoEU](https://bit.ly/3CSZoEU).
- 23 Bulatlat, „Groups hit red-tagging against political opposition“, 16. März 2022, [bit.ly/3P3nK3A](https://bit.ly/3P3nK3A).
- 24 Human Rights Watch, „Ferdinand Marcos Jr.'s Contempt for the Philippine Press“, 12. Mai 2022, [bit.ly/3P9rsc6](https://bit.ly/3P9rsc6).
- 25 Philstar, „Vloggers may soon cover Malacañang too“, 1. Juni 2022, [bit.ly/3o4Dc3M](https://bit.ly/3o4Dc3M).
- 26 GMA News, „Groups troop to Comelec office to protest Eleksyon 2022 results“, 10. Mai 2022, [bit.ly/3o2884z](https://bit.ly/3o2884z).
- 27 IDEALS, Inc., „Beyond the Numbers: The Faces of the Victims of the Campaign Against Illegal Drugs“, [bit.ly/3PsVvLo](https://bit.ly/3PsVvLo).
- 28 Philippine News Agency, „Give drug war report to human rights groups, Duterte tells PDEA“, 30. März 2022, [bit.ly/3IDLRTZ](https://bit.ly/3IDLRTZ).
- 29 The Economist, „How many people have been killed in Rodrigo Duterte's war on drugs?“, 22. November 2021, [econ.st/3zzMmnE](https://econ.st/3zzMmnE).
- 30 Human Rights Watch, „Philippines: ‚Drug War‘ Killings Rise During Pandemic“, 13. Januar 2021, [bit.ly/3Pqfla7](https://bit.ly/3Pqfla7).
- 31 U.S. Department of State, „2021 Country Reports on Human Rights Practices: Philippines“, März 2022, [bit.ly/3P8WosY](https://bit.ly/3P8WosY).
- 32 CNN Philippines, „More than 700 cops linked to drug-related cases dismissed under Duterte administration – PNP“, 15. April 2022, [bit.ly/3RCl7Xg](https://bit.ly/3RCl7Xg).
- 33 Inquirer, „Gov't slams US report on PH right situation“, 17. April 2022, [bit.ly/3IAfIsr](https://bit.ly/3IAfIsr).
- 34 United Nations High Commissioner for Human Rights, „Situation of human rights in the Philippines“, 29. Juni 2020, [A/HRC/44/22](https://www.unhcr.org/refugees/44/22).
- 35 Ebd.
- 36 Rappler, „SWS: Majority of Filipinos think ‚nanlaban‘ victims didn't really fight back“, 27. September 2017, [bit.ly/3FhFOVD](https://bit.ly/3FhFOVD).
- 37 United Nations High Commissioner for Human Rights, „Situation of human rights in the Philippines“, 29. Juni 2020, [A/HRC/44/22](https://www.unhcr.org/refugees/44/22).
- 38 Reuters, „Special Report: Police describe kill rewards, staged crime scenes in Duterte's drug war“, 18. April 2017, [reut.rs/3W3VvKB](https://reut.rs/3W3VvKB).
- 39 The Guardian, „Philippines president Rodrigo Duterte urges people to kill drug addicts“, 1. Juli 2016, [bit.ly/3o4EnAe](https://bit.ly/3o4EnAe).
- 40 International Criminal Court, „Situation in the Republic of the Philippines“, 14. Juni 2021, Absätze 67–71, [bit.ly/3cgNmuv](https://bit.ly/3cgNmuv).
- 41 United Nations High Commissioner for Human Rights, „Situation of human rights in the Philippines“, 29. Juni 2020, Absatz 18, [A/HRC/44/22](https://www.unhcr.org/refugees/44/22).
- 42 Interaksyon, „Unable to look into EJKs herself, Callamard speaks out on Twitter“, 28. September 2018, [bit.ly/3RxWw6T](https://bit.ly/3RxWw6T).
- 43 International Criminal Court, „Situation in the Philippines: ICC Pre-Trial Chamber I authorises the opening of an investigation“, 15. September 2021, [bit.ly/3Soi6di](https://bit.ly/3Soi6di).
- 44 Reuters, „Philippines to investigate 154 police over deadly drug war“, 4. Oktober 2021, [reut.rs/3O8mrPJ](https://reut.rs/3O8mrPJ).
- 45 Rappler, „Policemen guilty in Kian delos Santos killing“, 29. November 2018, [bit.ly/3MZdxVG](https://bit.ly/3MZdxVG).
- 46 Rappler, „Central Luzon: New killing fields in Duterte's drugs war“, 24. Februar 2019, [bit.ly/3owMhoM](https://bit.ly/3owMhoM).

- 47 International Criminal Court, „Prosecution’s request to resume the investigation into the situation in the Philippines pursuant to article 18(2)“, ICC-01/21-46, 24. Juni 2022, [bit.ly/3Rwo1ut](#).
- 48 Rappler, „Forensic expert Raquel Fortun probes into Duterte drug war, spots irregularities“, 12. April 2022, [bit.ly/30lolz7](#).
- 49 Rappler, „Families of Duterte drug war victims forced to lie about kin’s death“, 12. April 2022, [bit.ly/3PnVisY](#).
- 50 Rappler, „Under Duterte, Philippines allowed forgery of drug war death records“, 13. April 2022, [bit.ly/3aynjQ1](#).
- 51 CNN Philippines, „More than 700 cops linked to drug-related cases dismissed under Duterte administration – PNP“, 15. April 2022, [bit.ly/3RC17Xg](#).
- 52 International Covenant on Civil and Political Rights, „General Comment No. 36“, 3. September 2019, Absatz 13, [CCPR/C/GC/36](#).
- 53 United Nations Human Rights Council, „Final warning: death threats and killings of human rights defenders. Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders, Mary Lawlor“, Absätze 41, 44, 59, 24. Dezember 2020, [A/HRC/46/35](#). Global Witness, „Last line of defence“, 13. September 2021, [bit.ly/3PcTDH1](#).
- 54 International Service for Human Rights, „Philippines: Senate should adopt human rights defender protection law“, 28. Januar 2022, [bit.ly/3c2vWmo](#).
- 55 United Nations Office of the High Commissioner on Human Rights, „Philippines: Expert urges Congress to enact human rights defenders law“, 18. März 2021, [bit.ly/3RASxqg](#).
- 56 Business World, „House panel approves bill protecting human rights defenders“, 15. November 2021, [bit.ly/3Of8e3C](#).
- 57 Rappler, „House passes bill protecting human rights defenders“, 17. Januar 2022, [bit.ly/3Dlev5T](#).
- 58 Business World, „House panel approves bill protecting human rights defenders“, 15. November 2021, [bit.ly/3Of8e3C](#).
- 59 Ebd.
- 60 Philippine News Agency, „HR Defenders bill ‚dangerous‘: NTF-ELCAC“, 20. Januar 2022, [bit.ly/3zL9HKW](#).
- 61 Rappler, „Duterte creates task force to address causes of communist insurgency“, 11. Dezember 2018, [bit.ly/3uJorUA](#).
- 62 Rappler, „Duterte created ‚dangerous fiction‘ vs rights defenders – CHR report“, 10. Juli 2020, [bit.ly/3nZGeGj](#).
- 63 Heinrich Böll Stiftung, „Duterte Says Yes to Mining in the Philippines. But at What Cost?“, 27. August 2021, [bit.ly/3z6A39C](#).
- 64 The Guardian, „Philippines is deadliest country for defenders of environment“, 30. Juli 2019, [bit.ly/3AOMU1v](#).
- 65 Rappler, „Duterte officially ends peace talks with communists“, 23. November 2017, [bit.ly/3RASTx6](#).
- 66 President of the Philippines Proclamation No. 374, „Declaring the Communist Party of the Philippines (CPP) – New People’s Army (NPA) as a Designated/Identified Terrorist Organization under Republic Act No. 10168“, Dezember 2017, [bit.ly/3o2HMZg](#).
- 67 Rappler, „PH ‚terror‘ list a ‚gov’t hit list‘ – Human Rights Watch“, 9. März 2018, [bit.ly/3z8Bz16](#).
- 68 United Nations Office of the High Commissioner, „The Philippines: Renewed allegations against UN expert are ‚clearly retaliation‘“, 1. Mai 2019, [bit.ly/3yF3AGj](#).
- 69 Lawyers for Lawyers, „Atty. Benjamin Ramos shot and killed“, 26. November 2018, [bit.ly/3zfkfcc](#).
- 70 Rappler, „LIST: Judges, prosecutors, lawyers killed under Duterte gov’t“, 8. November 2018, [bit.ly/3O5v5Po](#).
- 71 UN Human Rights Council, „Protection of lawyers against undue interference in the free and independent exercise of the legal profession“, Absätze 69–70, 22. April 2022, [A/HRC/50/36](#).
- 72 Ebd.
- 73 Rappler, „Maginhawa community pantry temporarily shut down amid red-tagging“, 20. April 2021, [bit.ly/3ccBzhA](#).
- 74 Rappler, „Duterte creates task force to address causes of communist insurgency“, 11. Dezember 2018, [bit.ly/3uJorUA](#).
- 75 Tsek.ph, „For the nth time, Badoy makes BASELESS claims on Robredo, partylists’ ‚ties‘ with CPP-NPA-NDF“, 27. Mai 2022, [bit.ly/3smrjli](#).
- 76 Bulatlat, „Red-tagger Lorraine Badoy sued for violation of election code“, 26. März 2022, [bit.ly/3yF5eaX](#).
- 77 AMP, „The Case of Zara Reboton Alvarez“, 27. Mai 2020, [bit.ly/3lKjcNm](#).
- 78 GMA Network, „Tagged, you’re dead“, 13. Oktober 2020, [bit.ly/3D8Xss6](#).
- 79 Rappler, „Anakpawis chair Randy Echanis killed inside Quezon City home“, 10. August 2020, [bit.ly/3ajsgh](#).
- 80 Rappler, „Supreme Court distances judges from Calabarzon killings“, 16. März 2021, [bit.ly/3DyCBj4](#).
- 81 Rappler, „Leaders lost: 9 activists killed by Duterte gov’t on ‚Bloody Sunday‘“, 8. März 2021, [bit.ly/3O7SBLh](#). FIDH, „Philippines: impunity persists for ‚Bloody Sunday‘ killings“, 6. August 2021, [bit.ly/3fbAOXR](#).
- 82 Philstar, „A year since ‚Bloody Sunday‘ raids: 34 cops face murder raps, harassment of activists continues“, 7. März 2022, [bit.ly/3aDFxiU](#). Philstar, „PNP stands behind cops facing murder raps over Bloody Sunday raids“, 12. September 2022, [bit.ly/3fdRbTR](#).
- 83 Center for Media Freedom & Responsibility, „PCIJ recalls the disappeared during Duterte’s drug war“, 22. April 2022, [bit.ly/3uNluEu](#).
- 84 Ebd.
- 85 Rappler, „The desparecidos of Duterte’s drug war“, 15. April 2022, [bit.ly/3APsd5y](#).
- 86 Ebd.
- 87 Republic Act No. 10353, „An Act Defining and Penalizing Enforced or Involuntary Disappearance“, 21. Dezember 2012, [bit.ly/3z7cBsY](#).
- 88 Rappler, „Jovito Palparan found guilty“, 17. September 2018, [bit.ly/3TKpSPy](#).
- 89 AMP, „Elena Tijamo ein Jahr nach ihrem gewaltsamen Verschwindenlassen verstorben“, 23. September 2021, [bit.ly/3U39Q3K](#).

- 90 Frontline Defenders, „Court dismisses charges against indigenous rights defender Windel Bolinget“, [bit.ly/3Txlmh](https://bit.ly/3Txlmh).
- 91 Republic Act No. 11479, „An Act to Prevent, Prohibit and Penalize Terrorism, Thereby Repealing Republic Act No. 9372, Otherwise Known as the ‚Human Security Act of 2007‘“, 3. Juli 2020, [bit.ly/3Pizalq](https://bit.ly/3Pizalq).
- 92 Inquirer, „Breaking the promise of peace, Duterte turns from rebel ‚friend‘ to worst foe“, 20. Juli 2021, [bit.ly/3PqjGtV](https://bit.ly/3PqjGtV).
- 93 Inquirer, „Anti-Terror Law constitutional except for two parts, says SC“, 9. Dezember 2021, [bit.ly/3CTAAww](https://bit.ly/3CTAAww).
- 94 Rappler, „Supreme Court upholds most of anti-terror law, including 24-day detention“, 9. Dezember 2021, [bit.ly/3FcxSoM](https://bit.ly/3FcxSoM).
- 95 CNN Philippines, „Petitioners take another shot to strike down Anti-Terrorism Law“, 2. März 2022, [bit.ly/3aAYRgG](https://bit.ly/3aAYRgG).
- 96 Inquirer, „SC denial of anti-terror law appeals disappoints FLAG, NUPL“, 26. April 2022, [bit.ly/3O5fHIG](https://bit.ly/3O5fHIG).
- 97 ABS-CBN, „2 Aetas facing terror charges suffered ‚horrendous torture‘: NUPL“, 20. November 2020, [bit.ly/3F7uH1l](https://bit.ly/3F7uH1l).
- 98 Rappler, „Mistaken identity: Aetas acquitted in first known anti-terror law case“, 19. Juli 2021, [bit.ly/3P5Y861](https://bit.ly/3P5Y861).
- 99 CNN, „Aetas ‚tortured‘ by soldiers also seek scrapping of Anti-Terrorism Act“, 2. Februar 2021, [bit.ly/3DqSrwB](https://bit.ly/3DqSrwB).
- 100 Inquirer, „Gov’t loses landmark terror case vs 2 Aetas“, 20. Juli 2021, [bit.ly/3aB3C9Y](https://bit.ly/3aB3C9Y).
- 101 United Nations, „Guidelines on the Role of Prosecutors, adopted by the Eighth United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders“ (27. August – 7. September 1990 in Havanna, Kuba), gebilligt durch UN-Resolution 45/120 vom 14. Dezember 1990, [bit.ly/3NdT3IV](https://bit.ly/3NdT3IV).
- 102 Rappler, „Courts, DOJ junk 3 more cases vs activists“, 16. August 2021, [bit.ly/3O3mNHb](https://bit.ly/3O3mNHb).
- 103 ABS-CBN, „Duterte vs De Lima: A battle over death, drugs, reputation“, 24. Februar 2017, [bit.ly/3czmBuq](https://bit.ly/3czmBuq).
- 104 Philstar, „After acquittal in one drug case, De Lima lawyers to appeal bail plea in another“, 18. Februar 2021, [bit.ly/3RAXRtN](https://bit.ly/3RAXRtN).
- 105 Al Jazeera, „Leila de Lima release urged after witnesses retract testimony“, 4. Mai 2022, [bit.ly/3uPsNMZ](https://bit.ly/3uPsNMZ).
- 106 Rappler, „Espinoza retracts, clears De Lima of drug accusations: ‚I was coerced‘“, 28. April 2022, [bit.ly/3uNfnRP](https://bit.ly/3uNfnRP).
- 107 Al Jazeera, „Leila de Lima release urged after witnesses retract testimony“, 4. Mai 2022, [bit.ly/3uPsNMZ](https://bit.ly/3uPsNMZ).
- 108 Reuters, „Harassed but unbowed, Philippines VP to take on ‚poisoned chalice‘ role“, 7. November 2019, [reut.rs/3uMmqE](https://reut.rs/3uMmqE).
- 109 France24, „Duterte nemesis and drug-war critic Leni Robredo to run for Philippine presidency“, 7. Oktober 2021, [bit.ly/3P9qulm](https://bit.ly/3P9qulm).
- 110 Philstar, „DOJ summons Robredo, 35 others in sedition raps“, 27. Juli 2019, [bit.ly/3A0meOx](https://bit.ly/3A0meOx).
- 111 Rappler, „DOJ clears Robredo, charges Trillanes in sedition case“, 10. Februar 2020, [bit.ly/3yLOxuy](https://bit.ly/3yLOxuy).
- 112 Inquirer, „Online impunity: Assault on Robredo daughter just one of countless against women in PH“, 13. April 2022, [bit.ly/3yDeEGG](https://bit.ly/3yDeEGG).
- 113 Rappler, „Robredo is number one victim of red-tagging, says ex-AFP spokesperson“, 10. April 2022, [bit.ly/3uQsn9j](https://bit.ly/3uQsn9j).
- 114 Rappler, „Walden Bello blasts Marcos with f-word during live interview“, 22. Oktober 2021, [bit.ly/3z85l05](https://bit.ly/3z85l05).
- 115 Mindanao News, „VP bet Walden Bello says cyberlibel complaint has no basis, instigated by Mayor Sara“, 20. April 2022, [bit.ly/3z8HYn2](https://bit.ly/3z8HYn2).
- 116 Rappler, „Davao City declares Walden Bello persona non grata“, 22. März 2022, [bit.ly/3uRdfU6](https://bit.ly/3uRdfU6).
- 117 GMA Network, „Walden Bello is a narco-politician – HNP“, 22. März 2022, [bit.ly/303T46n](https://bit.ly/303T46n).
- 118 Committee to Protect Journalists, „Killers of journalists still get away with murder“, 28. Oktober 2021, [bit.ly/3uQt5ml](https://bit.ly/3uQt5ml).
- 119 Reporters without Borders, „Predators 2021“, [bit.ly/3z55NMy](https://bit.ly/3z55NMy). Reporter ohne Grenzen, „1600 Journalisten in den letzten 20 Jahren getötet“, 9. Dezember 2021, [bit.ly/3Ub8XqE](https://bit.ly/3Ub8XqE).
- 120 Republican Act No. 3815, „An Act Revising the Penal Code and Other Penal Laws“, 8. Dezember 1930, Artikel 353–362, [bit.ly/3TKBNO1](https://bit.ly/3TKBNO1).
- 121 Republican Act No. 3815, „An Act Revising the Penal Code and Other Penal Laws“, 8. Dezember 1930, Artikel 354, [bit.ly/3TKBNO1](https://bit.ly/3TKBNO1).
- 122 Human Rights Committee, Communication No. 1815/2008, „Adonis vs. The Philippines“, 27. Januar 2011, [CCPRC/103/D/1815/2008](https://ccprc/103/D/1815/2008).
- 123 Republican Act No. 10175, „An Act Defining Cybercrime, Providing for the Prevention, Investigation, Suppression and the Imposition of Penalties Therefor and for Other Purposes“, 12. September 2012, [bit.ly/3TQh18T](https://bit.ly/3TQh18T).
- 124 Office of the High Commissioner on Human Rights, „Statement by Irene Khan, Special Rapporteur on the promotion and protection of freedom of opinion and expression at the 47th Session of the Human Rights Council“, 2. Juli 2021, [bit.ly/3PrdsL3](https://bit.ly/3PrdsL3).
- 125 Philstar, „It is time for the Philippines to decriminalize libel“, 13. Oktober 2021, [bit.ly/3IHlxsr](https://bit.ly/3IHlxsr).
- 126 Rappler, „Fake accounts, manufactured reality on social media“, 9. Oktober 2016, [bit.ly/3zshFlb](https://bit.ly/3zshFlb).
- 127 CNN, „Philippines orders news website Rappler to shut down, founder Maria Ressa says“, 29. Juni 2022, [cnn.it/3ogxH1Y](https://cnn.it/3ogxH1Y).
- 128 Mindanao News, „7 cyber libel raps vs Rappler dismissed by GenSan prosecutor for ‚lack of probable cause‘“, 13. April 2022, [bit.ly/3aJFBOb](https://bit.ly/3aJFBOb).
- 129 Rappler, „Rappler’s Maria Ressa gets prestigious UNESCO press freedom award“, 28. April 2021, [bit.ly/3z6kyP4](https://bit.ly/3z6kyP4).
- 130 Rappler, „Rappler’s Maria Ressa, Dmitry Muratov win 2021 Nobel Peace Prize“, 8. Oktober 2021, [bit.ly/3IJNVKf](https://bit.ly/3IJNVKf).
- 131 Davao Today, „Press freedom alarm over treatment of Philippine media in 2022 elections“, 16. März 2022, [bit.ly/3IDJSEg](https://bit.ly/3IDJSEg).
- 132 ABS-CBN, „NUJP says probe traced cyberattacks on news sites to PH hackers group“, 16. März 2022, [bit.ly/3uPMFQf](https://bit.ly/3uPMFQf).
- 133 Rappler, „Journalist Jess Malabanan shot dead in Samar“, 8. Dezember 2021, [bit.ly/3ftEYKE](https://bit.ly/3ftEYKE).
- 134 CHR, „Statement of CHR Spokesperson, Atty Jacqueline Ann de Guia, on the killing of a journalist in Samar“, 9. Dezember 2021, [bit.ly/3BTKg9Q](https://bit.ly/3BTKg9Q).

- 135 Rappler, „Military recruits 300 Lumad“, 29. September 2017, [bit.ly/3o3kKIL](#).
- 136 Ebd.
- 137 Inquirer, „Lumad‘ schools and the right to education“, 5. Juni 2021, [bit.ly/3REbpon](#).
- 138 Inquirer, „Children’s group abhors manner cops ,rescued‘ Lumad kids“, 22. Februar 2021, [bit.ly/3IFoqGW](#).
- 139 Rappler, „TIMELINE: The plight of the Lumad evacuees in Cebu“, 14. April 2021, [bit.ly/3PcNUB8](#).
- 140 Rappler, „Lumad teacher Chad Booc, 4 others slain in Davao de Oro – military“, 25. Februar 2022, [bit.ly/3N2swOB](#).
- 141 Rappler, „CPP, Lumad schools‘ group doubt claim Booc slain in encounter“, 26. Februar 2022, [bit.ly/3SJNu6b](#).
- 142 Rappler, „Appeals roll for another shot to void feared anti-terror law“, 2. März 2022, [bit.ly/3uSOFqW](#).
- 143 Wetzlmaier, Marina, „Cultural impacts of mining in indigenous peoples‘ ancestral domains in the Philippines“, 2012, ASEAS – Austrian Journal of South-East Asian Studies, [bit.ly/3yKKD5z](#).
- 144 United Nations General Assembly, „United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“, 7. Oktober 2007, [A/RES/61/295](#).
- 145 International Labour Organization, „Convention on Indigenous and Tribal Peoples (No. 169)“, 1989, [bit.ly/3SwYow3](#).
- 146 Republic Act No. 7942, „An Act Instituting a New System of Mineral Resources Exploration, Development, Utilization, and Conservation“, 3. März 1995, Abschnitte 72 und 73, [bit.ly/3O4yfCB](#).
- 147 United Nations General Assembly, „United Nations Covenant on Economic, Social, and Cultural Rights“, 3. Januar 1976, [bit.ly/3z6VW8P](#).
- 148 Republic Act No. 8371, „An Act to Recognize, Protect and Promote the Rights of Indigenous Cultural Communities/Indigenous Peoples, Creating a National Commission on Indigenous Peoples, Establishing Implementing Mechanisms, Appropriating Funds Therefor, and for Other Purposes“, 29. Oktober 1997, Abschnitte 7b und 7c, [bit.ly/3veaktV](#).
- 149 United Nations High Commissioner for Human Rights, „Situation of human rights in the Philippines“, 29. Juni 2020, [A/HRC/44/22](#).
- 150 Bulatlat, „Arrested Tumandok in Panay are defenders of ancestral domain“, 6. Januar 2021, [bit.ly/3DFXEjP](#).
- 151 Rappler, „Groups seek justice for red-tagged Tumandok IPs killed in police operation“, 31. Dezember 2020, [bit.ly/3yKo8wR](#).
- 152 Inquirer, „Probe of 9 Tumandok leaders‘ killings sought“, 5. Januar 2021, [bit.ly/3z7vT1f](#).
- 153 Panay News, „A year after the Tumandok massacre“, 3. Januar 2022, [bit.ly/3Dkjc48](#).
- 154 AMP, „Menschenrechte in den Philippinen unter Duterte“, 2019, [bit.ly/3U6ye4s](#).
- 155 United Nations Human Rights Council, „Protection of lawyers against undue interference in the free and independent exercise of the legal profession“, 22. April 2022, Absätze 69–70, [A/HRC/50/36](#).
- 156 Philstar, „Philippines still rank 7th in global impunity index“, 29. Oktober 2021, [bit.ly/3PcnPCc](#).
- 157 Philippine News Agency, „Duterte gov’t gives PH media ,safe environment‘: PTFoMS“, 31. Mai 2022, [bit.ly/3yIRCeD](#).
- 158 Rappler, „Philippines becomes global case study of media repression“, 28. Oktober 2022, [bit.ly/3gUoyMd](#).
- 159 Rappler, „They faced the worst crisis: CHR leadership who stood up to Duterte ends term“, 4. Mai 2022, [bit.ly/3z4EDW1](#).
- 160 Rappler, „Duterte signs P3.8-trillion 2018 national budget into law“, 19. Dezember 2017, [bit.ly/3soQSZo](#).
- 161 Republic of the Philippines, Commission on Human Rights, „Report on Investigated Killings in Relation to the Anti-Illegal Drug Campaign“, April 2022, [bit.ly/3O9DaSH](#).
- 162 Ebd.
- 163 Ebd.
- 164 Philstar, „Palace on CHR drug war report: Rehashed issues“, 20. Mai 2022, [bit.ly/3yHXNzI](#).
- 165 Ebd.
- 166 Rappler, „Int’l court may probe drug-related killings in PH – CHR“, 23. August 2016, [bit.ly/3NePEcK](#).
- 167 Inquirer, „CHR chairman Chito Gascon dies after bout with COVID-19“, 9. Oktober 2021, [bit.ly/3uPXr9g](#).
- 168 ABS-CBN, „2 soldiers sentenced to 40 years in prison over murder of activist“, 18. April 2022, [bit.ly/3Pwxetq](#).
- 169 International Federation for Human Rights (FIDH), „Assassination of Mr. Benjamin E. Bayles“, 30. Juni 2010, [bit.ly/31Fapfo](#).
- 170 Al Jazeera, „Philippines officially out of the International Criminal Court“, 17. März 2019, [bit.ly/3Rvo89E](#).
- 171 International Criminal Court, „Situation in the Republic of the Philippines“, No. ICC-01/21, 15. September 2021, [bit.ly/3O9DVeV](#).
- 172 Reuters, „Philippines refuses to work with ICC ,war on drugs‘ probe“, 16. September 2021, [reut.rs/3N4XagX](#).
- 173 United Nations Human Rights Council, „Resolution adopted by the Human Rights Council on 7 October“, 13. Oktober 2020, [A/HRC/RES/45/33](#).
- 174 United Nations Philippines, „Philippines, UN launch first-ever national joint programme for human rights following Human Rights Council resolution 45/33“, 22. Juli 2021, [bit.ly/3SKopbh](#).
- 175 Ebd.
- 176 Ebd.
- 177 European Parliament Resolution, „The recent human rights developments in the Philippines“, 17. Februar 2022, [bit.ly/31NNX4o](#).
- 178 Ebd.
- 179 Ebd.

# LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN

Vom 19. August 2019 bis 31. Mai 2022<sup>1</sup>

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter:innen (wenn bekannt)
<b>Medardo Espina Barro</b>	19.08.2019	Matalam, Cotabato	Bäuer:innenrechte, Landrechte	Kilusang Magbubukid ng Pilipinas- Southern Mindanao	Unbekannt
<b>Leah Tumbalang</b>	23.08.2019	City of Valencia, Bukidnon	Bäuer:innenrechte	Leitende Tigwahanon-Aktivistin aus San Fernando Stadt Bukidnon, aktives Mitglied von Kaugalingong Sistema Igpapasindog To Lumadnong Ogpaan (KASILO), Organisatorin von Bayan Muna	Unbekannt
<b>Nedis Bacong</b>	11.09.2019	San Fernando, Bukidnon	Bäuer:innenrechte	Führender Aktivist für Bäuer:innenrechte von KASAMA-Bukidnon	Unbekannt
<b>Angelito Marivao</b>	16.09.2019	San Fernando, Bukidnon	Bäuer:innenrechte	Mitglied bei KASAMA-Bukidnon	Unbekannt
<b>Jupiter Gonzales, Christopher Tiongson (Begleiter)</b>	20.10.2019	Arayat, Pampanga	Journalismus	Kolumnist für Tabloid Remate (J. Gonzales)	Unbekannt
<b>Nathaniel Dodo Tagaylo</b>	29.10.2019	Valencia, Bukidnon	Bäuer:innenrechte, Landrechte	Mitglied bei KASAMA-Bukidnon	Unbekannt
<b>Reynaldo Malaborbor</b>	04.11.2019	City of Cabuyao, Laguna	Arbeiter:innenrechte	Gewerkschaftsaktivist; Community Organizer; Koordinator von Makabayang Southern Tagalog bei Wahlen	Unbekannt
<b>Dindo Generoso</b>	07.11.2019	Dumaguete City, Negros Oriental	Journalismus	Radiokommentator; kritische Berichterstattung zu Glücksspiel	Unbekannt
<b>Jennifer Tonag</b>	17.01.2020	Lope de Vega, Northern Samar	Bäuer:innenrechte, Landrechte	Organisatorin der Northern Samar Small Farmers Association (NSSFA)	Unbekannt
<b>Emerito Pinza, Romy Candor</b>	19.01.2020	Kalayaan, Laguna	Landrechte, Bäuer:innenrechte	Pinagkaisang ng Ugnayan ng mga Magsasaka sa Laguna (PUMALAG) Mitglieder	PNP Regional Mobile Force Battalion 4A
<b>Jay-ar Mercado</b>	31.01.2020	Bulalacao, Oriental Mindoro	Indigenenrechte	Bigkis at Lakas ng mga Katutubo sa Timog Katagalugan (BALATIK), Indigenen Community Organizer	4th IBPA
<b>Marlon Maldos</b>	17.03.2020	City of Tagbilaran, Bohol	Kulturelle Rechte, Bäuer:innenrechte	Kulturaktivist; Aktivist für Bäuer:innenrechte	Unbekannt
<b>Nora Apique</b>	31.03.2020	San Miguel, Surigao del Sur	Bäuer:innenrechte	Führende Aktivistin von Kapunungan sa mga Mag-uuma sa Surigao del Sur; Barangay Agrarian Reform Committee (BARC) Mitglied; Vorsitzende des Municipal ARC	Unbekannt
<b>John Farochilin</b>	18.04.2020	Miag-ao Town, Iloilo	Bäuer:innenrechte	Ratsmitglied der Pamanggas Bäuer:innengruppe; Vorsitzender der Alyansang Mangunguma sa Miag-ao Bäuer:innengruppe	61st IBPA
<b>Jose „Jory“ Reynaldo Porquia</b>	30.04.2020	Iloilo City, Iloilo	Bürgerlich-politische Rechte, Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (WSK-Rechte)	Madia-as Ecological Movement Aktivist; Mitglied von Bayan Muna	Unbekannt
<b>Cornelio „Rex“ Pepino</b>	05.05.2020	Dumaguete City, Negros Oriental	Journalismus	Radiojournalist; berichtete über illegalen Bergbau und lokale Bestechung	Unbekannt
<b>Allan „Mano Boy“ Aguinaldo</b>	26.05.2020	Catarman, Northern Samar	Landrechte, Bäuer:innenrechte	Führender Aktivist für Bäuer:innenrechte und Vorsitzender der Northern Samar Small Farmers Association (NSSFA)	AFP
<b>Carlito „Ka Karletz“ Badion</b>	26.05.2020	City of Ormoc, Leyte	Bürgerlich-politische Rechte	Generalsekretär von Kalipunan ng Damayang Mahihirap (KADAMAY)	AFP

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter:innen (wenn bekannt)
<b>Diony Seromines</b>	29.05.2020	Alabel, Sarangani	Bürgerlich-politische Rechte	Weigerte sich als Gemeindevorsitzender von Sarangani Barangay ein Papier als Zeuge in einer „Drogen-Buy-Bust“ Operation zu unterschreiben; Unterstützer der städtischen Armen	Unbekannt
<b>Froilan „Kawing“ Reyes</b>	18.06.2020	Kalayaan, Laguna	Bürgerlich-politische Rechte	Gemeindevorsitzender der Barangay San Antonio; MAKABAYAN Southern Tagalog	Unbekannt
<b>Jose Jerry Catalogo</b>	23.06.2020	Escalante City, Negros Occidental	Landrechte, Bäuer:innenrechte	National Federation of Sugar Workers (NFSW) Escalante City; Bauer; Vater der politischen Gefangenen Cheryl Catalogo	Unbekannt
<b>Elder Moina</b>	24.06.2020	Jovellar, Albay	Bäuer:innenrechte	Mitglied bei Organisasyon ng Magsasaka sa Albay; Bauer	Unbekannt
<b>Jose Arthur Clemente</b>	24.06.2020	Jovellar, Albay	Bäuer:innenrechte	Mitglied bei Organisasyon ng Magsasaka sa Albay; Bauer; Gemeindebeamter	Unbekannt
<b>Randall „Ka Randy“ Echanis, Louie Tagapia (Nachbar)</b>	10.08.2020	Quezon City, Metro-Manila	Bäuer:innenrechte, WSK-Rechte	NDFP Friedensberater (R. Echanis); zufällig anwesender Nachbar (L. Tagapia)	Unbekannt
<b>Zara Alvarez</b>	17.08.2020	Bacolod City, Negros Occidental	WSK-Rechte, Red-tagging	Mitarbeiterin in rechtlichen Fragen für Karapatan-Negros; Lehrerin; politische Aktivistin; Referentin für Recherche und Interessenvertretung bei Negros Island Health Integrated Program for Community Development (NIHIPCD)	Unbekannt
<b>Jobert „Polpog“ Bercasio</b>	14.09.2020	City of Sorsogon, Sorsogon	Journalismus	Journalist; berichtete über illegalen Bergbau und Abholzung	Unbekannt
<b>Virgilio Maganes</b>	10.11.2020	Villasis, Pangasinan	Journalismus	Kommentator beim Radiosender DWPR; Kolumnist für Northern Watch	Unbekannt
<b>Ronnie Villamor</b>	14.11.2020	Milagros, Masbate	Journalismus	Journalist, u.a. bei Dos Kantos Balita; berichtete über Landrechtskonflikte	AFP
<b>Armando Buisan</b>	14.11.2020	Catanauan, Quezon	Bäuer:innenrechte	Vorsitzender der General Luna-Ortsgruppe des Coco Levy Fund Ibalik sa Amin (CLAIM); führender Aktivist für Bäuer:innenrechte	Unbekannt
<b>Ignacio „Tukoy“ Jr. Arevalo</b>	25.11.2020	City of Surigao, Surigao del Norte	Bürgerlich-politische Rechte	Nagkahiusang Ginagmay'ng Minero (NAGAMI)-KMU Mitglied	Unbekannt
<b>Roy Giganto, Reynaldo Katipunan, Galson Catamin, Eliseo Gayas Jr., Maurito Diaz, Artilito Katipunan, Mario Aguirre, Jomar Vidal, Rolando Diaz</b>	30.12.2020	Tapaz, Capiz, Calinog, Iloilo	Indigenerechte, Landrechte, Red-tagging	Führende Tumandok-Organizer; politische Aktivisten	PNP-Criminal Investigation and Detection Group and Police Regional Office- Western Visayas (PRO-6)
<b>Aldrin Enriquez</b>	06.01.2021	Iriga City, Camarines Sur	Bürgerlich-politische Rechte	Camarines Sur People's Organization (CSPO)	PNP
<b>Vernel Mondreal</b>	21.01.2021	Sibalom Town, Antique	Bäuer:innenrechte	Führender Aktivist für Bäuer:innenrechte; Leiter der Menschenrechtsabteilung in der Gemeinde Irganlong	Unbekannt
<b>Antonio „Cano“ Arellano</b>	02.02.2021	City of Escalante, Negros Occidental	Bäuer:innenrechte	Führender Aktivist für Bäuer:innenrechte; Vorsitzender des Ortsverbandes Paghiliusa sa Mangunguma (PMSB), einer Organisation des NFSW	Unbekannt

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter:innen (wenn bekannt)
<b>Romeo „Rommy“ Loyola Torres</b>	04.02.2021	Mabitac, Laguna	Landrechte	San Mateo Farmer Association (Sama-Sama); Landrechtsaktivist	Unbekannt
<b>Lucresia Mancha-Tasic</b>	16.02.2021	Balilihan Town, Bohol	WSK-Rechte	Gemeinderatsmitglied von Barangay Hanopol Norte; politische Aktivistin	Unbekannt
<b>Julie Catamin</b>	28.02.2021	Calinog, Iloilo	WSK-Rechte	Dorfvorstehende, die lautstark die Verhaftungen der indigenen Tumandok Mitglieder (Dezember 2020) verurteilte	Unbekannt
<b>Emmanuel „Manny“ Asuncion, Abner Esto, Edward Esto, Mark Lee „Makmak“ Bacasno, Michael „Greg“ Dasigao, Puroy dela Cruz, Randy „Pulong“ dela Cruz, Ana Marie „Chai“ Lemita-Evangelista, Ariel Evangelista</b>	07.03.2021	Rizal; Cavite; Batangas	Bürgerlich-politische Rechte, WSK-Rechte, Recht auf Wohnen, Indigenenrechte, Bäuer:innenrechte, Arbeitsrechte, Red-tagging	Generalsekretär von BAYAN in Cavite (E. Asuncion); Damayan para sa Kabuhayan, Katarungan at Kapayapaan (SIKKAD-K3; A. und E. Esto); Ugnayan ng Mamamayan Laban sa Pagwawasak ng Kalikasan at Kalupaan (UMALPAS KA; A. und A. Evangelista), sie setzten sich für Indigenenrechte ein; politische Aktivist:innen	PNP und AFP
<b>Dandy Miguel</b>	28.03.2021	Calamba City, Laguna	Arbeiter:innenrechte, Red-tagging	Arbeitsrechtsaktivist; stellvertretender Vorsitzender der Pagkakaisa ng Manggagawa sa Timog Katagalugan (PAMANTIK-KMU); Präsident von Lakas ng Nagkakaisang Manggagawa ng Fuji Electric-OLALIA-KMU; Ratsmitglied der Kilusang Mayo Uno auf nationaler Ebene	Unbekannt
<b>Jesus Pason Jr.</b>	15.04.2021	Silay City, Negros Occidental	WSK-Rechte, Urbane Armut, Recht auf Wohnen	Pasil Homeowners Association; Kadamay Negros; führender Aktivist der städtischen Armen	Unbekannt
<b>John Heredia</b>	02.05.2021	Roxas City, Capiz	Journalismus	Ehemaliger Vorsitzender der NUJP Capiz; Produzent und Moderator von Abri-Aga Alto Cable TV in Capiz	Unbekannt
<b>Briccio Nuevo Jr.</b>	04.05.2021	City of Guihulngan, Negros Oriental	Bürgerlich-politische Rechte, Red-tagging	Iglesia Filipina Independiente (IFI)	Unbekannt
<b>Ailyn Ekit Bulalacao, Ramon Boy Valenzuela Brioso, Antonio Poligrates</b>	08.06.2021	City of Masbate, Masbate	Red-tagging	Bäuer:innen; das Militär behauptete, sie seien NPA-Rebellen und für einen Mord verantwortlich gewesen	2nd IBPA
<b>Willy Rodriguez, Lenie Rivas, Angel Rivas</b>	15.06.2021	Liang Town Surigao del Sur	Indigene, Red-tagging	Lumad-Manobo Bäuer:innen; Lumad Organisation Malahutayong Pakigbisog alang sa Sumusunod	4th IBPA, 3rd Special Forces Battalion
<b>Renante „Rey“ Cortes</b>	22.07.2021	Cebu City, Cebu	Journalismus	Radiojournalist	Unbekannt
<b>Marlon Napire, Jaymar Palero</b>	26.07.2021	Guinobatan, Albay	Bürgerlich-politische Rechte, Meinungs-freiheit	Politische Aktivist:innen	PNP Albay
<b>Veneranda Guinanao</b>	12.08.2021	Maramag Town, Bukidnon	Frauen-, Land-, Bäuer:innenrechte	Lokaler Vorstand der Amihan National Federation of Peasant Women-Bukidnon; Mitglied von Buffalo-Tamaraw-Limus	PNP

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter:innen (wenn bekannt)
<b>Gerald Ral</b>	21.08.2021	Lagonglong, Misamis Oriental	Bäuer:innenrechte, Red-tagging	Balingasag Farmers Association (BAFA) – lokale Organisation von Kilusang Magbubukid ng Pilipinas – Northern Mindanao	Unbekannt
<b>Elena Tijamo</b>	30.08.2021	Manila City, Metro-Manila	Bürgerlich-politische Rechte	Programmkoordinatorin für nachhaltige Landwirtschaft bei Farmers Development Center (FARDEC); Community Radio Koordinatorin von FARDEC auf Bantayan Island, Cebu	AFP, Unknown
<b>Juan Macababdad</b>	15.09.2021	Surallah Town, South Cotabato	Bürgerlich-politische Rechte	Public Interest Anwalt; stellvertretender Vorsitzender der Union of Peoples' Lawyers in Mindanao (UPLM); Mitglied der National Union of People's Lawyers (NUPL)	Unbekannt
<b>Orlando „Dondon“ Dinoy</b>	30.10.2021	Bansalan, Davao del Sur	Journalismus	Journalist bei der Lokalzeitung Newsline Philippines und dem Radiosender Energy FM	Unbekannt
<b>Jesus „Jess“ Malabanan</b>	08.12.2021	City of Calbayog, Samar	Journalismus	Korrespondent für The Manila Standard; arbeitete für die Nachrichtenagentur Reuters an einer Pulitzer-Berichterstattung über eine Drogenrazzia im Jahr 2017	Unbekannt
<b>Jaynard Angeles</b>	12.01.2022	Tacurong City, Sultan Kudarat	Journalismus	Ehemaliger Radiokommentator	Unbekannt
<b>Silvestre Fortades Jr., Rose Marie Galias</b>	15.01.2022	Barcelona, Sorsogon	Bäuer:innenrechte, Red-tagging	Bäuer:innen; Anakpawis	Unbekannt
<b>Gerald „Mommy Oyok“ Casaljay</b>	08.02.2022	City of Calbayog, Samar	Bürgerlich-politische Rechte	Jugendrat Sangguniang Kabataan (SK); LGBTQ+ Gemeinschaft	Unbekannt
<b>Chad Booc, Gelejurain Ngujo II, Elegyn Balonga; Robert Aragon und Tirso Añar (Fahrer)</b>	24.02.2022	New Bataan, Davao de Oro	Indigenen Rechte, WSK-Rechte, Red-tagging	Ehrenamtliche Unterstützer:innen der Lumad Community; Save Our Schools Network Mitglieder (C. Booc, G. Ngujo II); Community Gesundheitsshelferin (E. Balonga); zwei zufällig anwesende Fahrer (R. Aragon und T. Añar)	1001st IBPA

1 Die hier aufgeführten Fälle weichen aufgrund späterer Überarbeitungen und Anpassungen vom AMP UPR-Bericht von 2022 (Universal Periodic Review) ab.

#### Disclaimer:

Diese Auflistung beinhaltet 85 Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen, die zwischen dem 19. August 2019 und dem 31. Mai 2022 in den Philippinen getötet wurden. Gelegentlich sind auch Angehörige oder Unbeteiligte aufgenommen worden, wenn sie im Zuge eines solchen Attentats ums Leben kamen. Unsere Klassifizierung des Begriffes „Menschenrechtsverteidiger:in“ folgt dabei der Definition des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), die sie als Menschen definiert, die sich gewaltfrei einzeln oder gemeinsam mit anderen für die Förderung oder den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Es wurden nur Fälle aufgenommen, in denen der Tod des Opfers bestätigt werden konnte. Fälle von Zwangsverschleppungen und gewaltsamem Verschwindenlassen, bei denen der Aufenthaltsort der Opfer unbekannt bleibt, sind somit ausgenommen. Unsere Informationen stammen größtenteils aus öffentlich zugänglichen Quellen, von meist lokalen Menschenrechtsorganisationen und seriösen Medienberichten. Bei allen Fällen liegt eine Verbindung zur Tätigkeit des Opfers nahe. Die Spalte „Vermuteter Hintergrund“ zeigt auf, auf welche Aktivitäten des Opfers die Ermordung wahrscheinlich zurückzuführen ist. Kommt mehr als nur ein Hintergrund in Frage, so wurden hier mehrere Angaben gemacht. Da in keinem der aufgelisteten Fälle bislang eine Verurteilung bekannt ist, sind diese Angaben zum Motiv der Täter:innen nicht immer zweifelsfrei nachvollziehbar. Basierend auf den Anschuldigungen in unseren Quellen haben wir außerdem den Hintergrund der mutmaßlichen Täter:innen angegeben. Auch diese Angaben lassen sich wegen der mangelnden Verurteilungen nicht unabhängig überprüfen.

Aktionsbündnis Menschenrechte –  
Philippinen (amp)  
c/o philippinenbüro e. V.  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln · Deutschland  
info@amp.ngo · www.amp.ngo

ISBN 978-3-933341-91-4

**amp** aktionsbündnis  
menschenrechte  
philippinen

---



**Brot**  
für die Welt



**misereor**  
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

**missio**

